

den oder gar hier geborenen Menschen mit Migrationshintergrund nicht zu vernachlässigen, die bestehende integrationspolitische Infrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten und bei der Bemühung um Fortsetzung der Integrations-Offensive nicht nachzulassen.

Diesen Anforderungen wird der Haushaltsentwurf gerecht. Insgesamt stehen für die unterschiedlichen Integrationsaufgaben 86 Millionen € zur Verfügung. Das sind gut 5 Millionen € mehr als im laufenden Haushaltsjahr.

Für die Umsetzung der integrationspezifischen Regelungen des Zuwanderungsgesetzes sind in der neuen Titelgruppe 67 insgesamt 27,5 Millionen € veranschlagt.

Bei den freiwilligen Leistungen galt unser Hauptaugenmerk der Sicherung der integrationspolitischen Infrastruktur; auch das ist gelungen. Die Mittel für die regionalen Arbeitsstellen bleiben unverändert. Für die Sozialberatung der freien Wohlfahrtspflege sind die Mittel ebenfalls unverändert geblieben. Die institutionellen Zuschüsse werden mit einem Abschlag von 5 % weiter gesichert; das gilt für die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen, den Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen sowie das Zentrum für Türkeistudien.

Sehr geehrte Damen und Herren, die schwierige Haushaltslage zwingt in besonderer Weise dazu, Fördermittel gezielt einzusetzen, Synergien aufzuspüren, Politikfelder zu vernetzen und Querschnittsbezüge zu aktivieren. Das gilt auch für die Integrationspolitik, die immer auch eine Querschnittsaufgabe sein will und sein muss. Als Beispiel kann man die Maßnahmen der beruflichen Eingliederung und Motivationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten nennen. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Hier konnte die Struktur der Antidiskriminierungsprojekte gesichert werden, wenn auch die Zahl der befristeten Sonderprojekte verringert werden musste.

Das im Jahr 2000 ins Leben gerufene Bündnis für Toleranz und Zivilcourage der Landesregierung hat inzwischen zu einer breiten Vielfalt von Aktivitäten auch in anderen Häusern der Landesregierung und bei wichtigen gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen geführt. Das richtige Anliegen dieser Förderposition ist daher inzwischen in unterschiedlichen Ressorts verankert.

Sehr geehrte Damen und Herren, als Fazit halte ich fest: Die Landesregierung setzt weiterhin we-

sentliche Akzente in der Integrationspolitik. Wir investieren im nächsten Jahr mehr in Integration als in diesem Jahr. Vorrang hat dabei die Umsetzung der Ziele der Integrationsoffensive. Wir nutzen unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten auch bei schwieriger Haushaltslage. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließen wir die Beratungen zum Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/3315**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 3** auf:

#### **Einzelplan 05: Schule, Wissenschaft und Forschung**

Einzelplan 05 umfasst die Teilbereiche a) Schule und b) Wissenschaft und Forschung.

Auf die **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/3305** weise ich hin.

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

##### **a) Schule**

Zunächst erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Recker das Wort.

**Bernhard Recker (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die diesjährigen Beratungen im Bereich Bildungspolitik können verantwortlich eigentlich nur vor dem Hintergrund der Frage geführt werden: Ein Jahr nach PISA - was ist geschehen?

Wir erinnern uns: Vor genau einem Jahr stellten wir mit Ernüchterung fest, dass Deutschland im internationalen Vergleich nicht einmal Mittelmaß ist. Ministerpräsident a. D. Clement war geschockt. Doch geschockt, meine Damen und Herren, konnte nur derjenige sein, der die Realität vorher nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Nun hat die PISA-Ergänzungsstudie im Sommer die Ergebnisse der Bundesländer deutlich ge-

macht und gezeigt, dass die rot-grüne Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen auf der ganzen Linie gescheitert ist. Das war schon bei TIMSS erkennbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Über Jahre hinweg wurde die Situation in unserem Lande immer wieder schönegeredet. Heute heißt es, man solle doch bitte zur Kenntnis nehmen, dass ... - Das ist übrigens die neue Phrase der Landesregierung, wenn es darum geht, höchst zweifelhafte Aktionen und zu kurz greifende Maßnahmen in farbenschönen Bildern zu beschreiben.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen verharrete nicht nur nach BIJU und TIMSS weiter im Dornröschenschlaf, während andere Länder aktiv handelten, sondern ist noch nicht einmal nach PISA richtig aufgewacht, meine Damen und Herren.

Gerade nach PISA hätte die Landesregierung mit besonderen Anstrengungen und Initiativen grundlegende flächendeckende Reformen anstoßen müssen. Tatsache ist: Der Berg kreiste und gebar eine Ameise. Außer Ankündigungen und Appellen, meine Damen und Herren, ist nichts, aber auch gar nichts erfolgt. Nichts ist geschehen, von dem wir heute sagen könnten: Seht her, hier ist das Gesamtkonzept.

Was fordert denn PISA von uns, den Politikern, als Konsequenzen?

Erstens. PISA verlangt eine Verstärkung der Frühförderung.

Zweitens. PISA verlangt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung von Lernschwachen und Hochbegabten.

Drittens. PISA fordert eine verstärkte Förderung von Migrantenkindern.

Viertens. PISA fordert, eine soziale Benachteiligung abzuschießen oder zumindest diese abzumildern.

Fünftens. Wir müssen die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität schaffen.

Und schließlich fordert PISA sechstens, den Ausbau von Ganztagschulen unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber vor allem unter dem Aspekt größerer Chancengerechtigkeit zu forcieren.

Siebtens. Wir haben uns dafür einzusetzen, dass klare Bildungsstandards und auch verbindliche Curricula schnell definiert und umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, keine dieser Forderungen bzw. Konsequenzen ist auch nur im Ansatz weder von den Damen und Herren der Regierungskoalition eingefordert noch von der Landesregierung umgesetzt worden.

(Franz-Josef Britz [CDU]: Was hast du erwartet?)

Tatsache ist, meine Damen und Herren: Eine wirkliche Frühförderung muss bereits im Kindergarten beginnen. Doch was geschieht in Nordrhein-Westfalen? - Das ist die Antwort: Hier können die Gruppen demnächst um bis zu fünf Kinder weiter vergrößert werden. Das ist geradezu grotesk und unverantwortlich.

PISA lehrt uns auch - gerade am Beispiel Finnland -: Individuelle Förderung ist dringend notwendig. Allerdings benötigt diese Personal. Sie haben im Haushaltsplan 1.329 Stellen neu vorgesehen, davon 643 für Englisch in der Grundschule und 556 zur Abwicklung der steigenden Schülerzahlen. Diese Stellen haben Sie beim Konzept des Stufenplans „Verlässliche Grundschule“ schon x-mal abgefeiert haben.

Kurzfristig haben Sie 100 Stellen für die Ganztagsgrundschule dazugekommen. Mehr Aufgaben erfordern mehr Personal. Das ist eine reine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren.

Aber Tatsache ist auch: Diesen angekündigten 1.329 Stellen stehen Kürzungen von 1.327 Stellen gegenüber: 450 Stellen für den muttersprachlichen Unterricht, 600 Stellen aus dem Programm „Geld statt Stellen“, 129 Stellen an Hauptschulen, fünf Stellen an Realschulen und 143 Stellen an Gesamtschulen. Der bahnbrechende Fortschritt nach PISA: zwei Stellen mehr im Haushaltsplan, meine Damen und Herren!

Sieht man einmal von den Selbstverständlichkeiten für mehr Schüler und weitere Aufgaben ab, so ergeben sich im Vergleich zu den Aufgaben im letzten Jahr reale Kürzungen bzw. Verschlechterungen von 1.327 Stellen. Das ist die Antwort von Rot-Grün auf PISA. Unverantwortlich! Und das sollten die Menschen in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Anstatt unsere Migrantenkinder optimal zu fördern, streichen Sie 450 Stellen. Ihr Hinweis, Frau Ministerin Schäfer, im Schulausschuss, man müs-

se dann halt die Gruppen vergrößern, ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten.

(Edgar Moron [SPD]: Mäßigen Sie sich, Herr Kollege!)

Wir benötigen mehr Ganztagschulen, und zwar in allen Schulformen. Die SPD sprach im Wahlkampf eindeutig noch von Ganztagschulen, meine Damen und Herren. Wir hier in Nordrhein-Westfalen bekommen wieder einmal nur die Billigversion vorgesetzt: Betreuung, Verwahrung - und das überwiegend zulasten der Kommunen und der Eltern.

(Edgar Moron [SPD]: Alles Quatsch!)

So sollen Eltern beispielsweise bei der Finanzierung der Ganztagsbetreuung neben den Kosten der Mittagsverpflegung mit bis zu 100 € zur Kasse gebeten werden. Das ist Ihr Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und Verringerung der sozialen Schieflage im Bildungsbereich.

Diese Ihre Maßnahmen sind in keiner Weise geeignet, die Bildungsdefizite im Schulbereich zu beheben.

Ein Wort zu den 100 Stellen, die Sie für 2003 für 300 Grundschulen ankündigen. Sie wollen pro 25 Kinder 0,1 Stelle zur Verfügung stellen. Das bedeutet, dass ein Lehrer dieser Gruppe für 2,7 Unterrichtsstunden in der Woche zur Verfügung steht, also eine knappe halbe Stunde am Tag. Diese Fakten, meine Damen und Herren, sollten wir in Nordrhein-Westfalen endlich zur Kenntnis nehmen.

Noch eines: All diejenigen, die jetzt eine Ganztagschule besuchen, bezahlen die Kosten für die Mittagsverpflegung. Nun sollen in Zukunft Eltern und Kommunen für ein qualitativ minderwertigeres Angebot richtig bluten. Das ist pädagogisch und sozial unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Ein Weiteres: Sie geben immer noch keine Antworten auf die Notwendigkeit an unseren Hauptschulen. Sie verschließen die Augen vor den Problemen dieser Schule. Hier genau müssen wir den Bereich der Ganztagschulen verstärken. Denn hier sind die Schülerinnen und Schüler, die verstärkt unsere Hilfe benötigen. Auch dieses sollten wir endlich zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie wir gerade nach PISA die Schulen fit bekommen können, wie wir gerade für die Schüler, die jetzt da sind, eine Antwort finden.

Wir wollen eine verstärkte Förderung im Frühbereich. Wir wollen die Sprachfähigkeit der Kinder nach dem vierten Lebensjahr feststellen und bei Bedarf durch verpflichtende Fördermaßnahmen aufarbeiten. Wir wollen mehr und gezieltere Förderung in den Grundschulen und darüber hinaus.

Wir brauchen - und das ist mir sehr wichtig - diese Förderung für alle, die heute an der Schule unsere Hilfe benötigen. Da geschieht aber nichts. 30 % der Jugendlichen, die laut PISA in der untersten Kompetenzstufe und darunter liegen, haben keine Perspektive auf eine gelingende Schul- und Berufsausbildung. Dahinter verbirgt sich sozialer Sprengstoff in ungeahntem Maße. Diese Förderung kann nur durch mehr Personal geschehen, und das brauchen wir überwiegend an Hauptschulen und Berufkollegs. Denn da verweilen zurzeit die eben genannten, denen wir dringendst Hilfe gewähren müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Qualität der schulischen Ausbildung durch verbindliche Curricula, ein verändertes Übergangsverfahren und zentrale Abschlussprüfungen steigern. Wir wollen, dass die Lehrerausbildung endlich konkret auf die Schulform bezogen durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren, es ist blamabel, dass nur jeder zehnte Schüler, der unterhalb der Kompetenzstufe 1 lag, von seinen Lehrern als schwacher Leser erkannt wurde. Hier besteht dringendst akuter Handlungsbedarf.

Wir wollen auch die Ganztagschule nach und nach ausbauen, flächendeckend und bedarfsgerecht, und zwar für alle Schulformen. Was Sie hier machen, ist absolut keine Antwort auf das, was PISA von uns fordert.

Wir haben in den Beratungen des Ausschusses unsere Anträge zum Haushalt eingebracht: 8.600 zusätzliche Lehrerstellen für die nächsten Jahre, Wiedereinführung einer Stellenreserve, zusätzlich 35 Millionen € für den Ausbau der Ganztagschulen.

Meine Damen und Herren, alles haben Sie abgelehnt. Wir waren allerdings im Gegensatz zu Ihnen bereit, sinnvolle Anträge von Ihnen mitzutragen.

Ein Wort noch zum Weiterbildungsbereich: Als Parlament haben wir die Zusage gegeben, die Mittel im Bereich Weiterbildung bis 2004 nicht zu kürzen. Sie, die Damen und Herren der Regierungskoalition sowie die Landesregierung, begehen Wortbruch,

(Beifall bei der CDU)

wenn Sie nunmehr die Mittel um 5 % kürzen. Und Sie feiern genau das noch als Erfolg. Sie sagen nur halblaut, dass im nächsten Jahr wiederum 5 % gekürzt würden. Versprochen – gebrochen! Das ist ein Beweis dafür, wie Sie zuverlässige Bildungspolitik sehen, meine Damen und Herren.

Abschließend ein Wort zu Ihnen, Frau Ministerin Schäfer. Sie haben die neue Aufgabe übernommen mit der Bitte von Herrn Ministerpräsident Steinbrück, den Schulen endlich mehr Zeit für Erneuerung zu geben und Ruhe in die Arbeit der Schulen zu bringen. Doch genau das Gegenteil geschieht! Blinder Aktionismus ist angesagt. Die Schulen sind überfordert, wenn sie gleichzeitig neue Richtlinien und Lehrpläne, eine neue Ganztagsstruktur, wenn auch nur als Betreuung, und eine neue Schuleingangsphase auf den Weg bringen wollen.

Hierzu nur eine ganz kurze Anmerkung. Hier fehlt jegliches Gesamtkonzept, meine Damen und Herren. Es besteht doch die Gefahr, auf die man so oft hingewiesen hat, dass bestehende Strukturen zur Förderung ...

**Vizepräsident Jan Söffing:** Ich darf bitten, zum Ende zu kommen; die Redezeit ist abgelaufen.

**Bernhard Recker (CDU):** Ich bin sofort fertig.

... von mehr als 15.000 entwicklungsverzögerten Kindern pro Jahr zerschlagen werden, ohne dass ihnen annähernd ein Ersatz gegeben wird.

Sie haben 800 Sonderpädagogen für 3.400 Grundschulen. Wo bleiben denn die restlichen 2.600 Schulen? Hier ist keinerlei Förderung möglich. Und hier sind wir wiederum an dem Punkt, wo gerade denen, die Defizite und Probleme haben, keine Förderung ermöglicht wird. Das ist genau der falsche Ansatz, diesen Hilfe zu geben.

Frau Ministerin, Ihr Start war leider ein Fehlstart – sowohl im Hinblick auf Quantität als auch im Hinblick auf Verbesserung der Qualität. Eine solche konzeptionslose Politik kann nur unsere eindeutige Ablehnung erreichen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Recker. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Degen das Wort.

**Manfred Degen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden von der CDU in der gesamten Diskussion über den Haushalt –

und das steht uns morgen noch zum Teil bevor – unsere Sparvorschläge für den Personalbereich wieder vorgehalten bekommen.

Heute behandeln wir den Bereich zusätzliche Forderungen. Herr Recker hatte gerade noch einmal die 8.000 zusätzlichen Lehrer genannt, die wir unbedingt brauchen, um die Rahmenbedingungen für die Schule zu verbessern.

Wir hätten natürlich auch gern mehr Lehrer; darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Aber wäre sehr verkürzt gedacht, wenn man PISA nur unter dem Gesichtspunkt von viel Lehrern oder relativ wenig Lehrern betrachtet. Schon bei TIMSS gibt es keinen Zusammenhang zwischen diesen beiden Punkten.

Bei PISA müssen wir zusätzlich berücksichtigen, dass es die 15-jährigen Schülern im Jahr 2000 waren, die auf ihre Lesekompetenz, auf ihre mathematische und ihre naturwissenschaftliche Kompetenz hin überprüft worden sind. Diese Schüler sind 1991 in die Schule gekommen. Sie haben zumindest die Grundschule unter optimalen personellen Bedingungen durchlaufen. Ich kann mich ganz genau an diese Zeit erinnern, in der wir sehr viel über Unterrichtsausfall diskutiert haben, aber gleichzeitig in jeder Schulform eine 4%ige Stellenreserve hatten, die Sie jetzt wieder fordern, und in jedem Schulkapitel zusätzlich um die 1.000 kw-Vermerke, also Lehrer, die an den Schulen tätig waren, dort unterrichten, aber nach den damals gültigen und besseren Relationen, als sie es heute sind, gar nicht hätten da sein dürfen. Es waren also optimale personelle Bedingungen, unter denen diese Schüler, die bei PISA geprüft worden sind, zumindest den Bereich der Grundschule durchlaufen haben.

So einfach kann man es sich also mit PISA nicht machen und dann zur Tagesordnung übergehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei den Einzelplänen und bei der Gesamtsicht des Haushalts müssen wir berücksichtigen – ich wiederhole es, auch wenn Sie es nicht gerne hören –, dass wir zwar insgesamt einen Sparhaushalt fahren. Wer die Einnahmesituation kennt – und wer kennt sie nicht –, wird das begreifen. Wir haben insgesamt 0,9 % weniger und demgegenüber im Bildungshaushalt eine Steigerung von 2,74 %. Ich meine, das macht die Priorität der Bildung, die wir ihr in Nordrhein-Westfalen eingeräumt haben und weiterhin einräumen, auch in diesem Haushalt deutlich.

Dafür darf ich, weil wir ja in der Fraktion auch die schwierige Diskussion über Prioritätensetzung

und Aufrechterhaltung von Prioritäten führen mussten, den Kolleginnen und Kollegen in der Regierungskoalition ganz herzlich danken. Denn eine Priorität zu formulieren ist das eine, sie aber zu finanzieren, ist ein wesentlich schwierigerer Akt, den die Opposition nicht vollziehen muss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir seit dem Jahr 2000 eine jährliche Steigerung von ungefähr 400 Millionen € bis sogar 900 Millionen € pro Haushalt haben, und das auch im Vergleich zum Haushalt 2002, der jetzige Schulhaushalt um 450 Millionen € gesteigert worden ist.

(Bernhard Recker [CDU]: Pensionen!)

Damit ist eindeutig, dass Bildung bei uns Priorität hat. Und wenn man ganz genau hinschaut, dann müssten wir den Bereich der Weiterbildung mit 110 Millionen € und auch die Schulpauschale von 420 Millionen € mit einbeziehen. Dann kommen wir auf einen Anteil der Bildung, der über einem Drittel des Gesamthaushaltes liegt. Ich glaube, auch damit können wir uns im Konzert der Länder durchaus sehen lassen.

Wir haben noch einmal finanziell unterstützt und unterstrichen, dass wir das, was wir als Vorrang für Bildung beschlossen haben, auch unter schwierigen Bedingungen konsequent durchführen.

Laut Ihres Sprechzettels - ich habe ihn auf der Pressekonferenz erhalten; er ist fast identisch mit dem, was Sie hier gesagt haben - unterstellen Sie uns wie immer, die Verwendung dieser 6.100 Stellen würde nicht so laufen wie von uns versprochen. Es läuft aber genau entsprechend der vorgenommenen Aufteilung. Wir erwecken auch nicht den Eindruck, als handelte es sich um zusätzliche Stellen - mit Ausnahme der 500 Stellen für die Realschule. Wir haben genau gesagt, wie viele Stellen wir für Englisch bzw. die einzelnen Maßnahmen in Bezug auf die Qualität der Bildung verwenden. Wir haben zudem gesagt, wie viel Stellen für die steigenden Schülerzahlen in Betracht kommen, ohne dass sich dadurch der Versorgungsgrad verändert.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Erfreulicherweise verbessern sich die Relationen, weil wir neue Lehrer in das Bildungssystem einbringen. Insgesamt werden 1.329 neue Lehrer eingestellt. Dabei müssen wir sehen, dass es sich dabei tatsächlich um zusätzliche Lehrer handelt. Wir sind seit langem - das galt auch in den schwierigen Zeiten - das einzige Bundesland, das die frei gewordenen Lehrerstellen - durch Pensio-

nierungen oder durch sonstige Gründe bedingt - immer ersetzt hat. Das waren immer ca. 4.000 bis 5.000 Stellen. Somit sind wir das einzige Land, das in nennenswertem Maßstab überhaupt kontinuierlich Lehrer eingestellt hat. Dieser Ersatzbedarf liegt in diesem Jahr bei ca. 6.000 Lehrern.

Ich will nun auf die Dinge eingehen, die auch uns große Sorgen machen. In manchen Punkten sind auch wir nicht glücklich. Es sind nicht alles Jubelentscheidungen, die getroffen werden mussten. Das betrifft z. B. die Kürzung der Stellen im muttersprachlichen Unterricht. Aber - das ist schon gesagt worden - es ist ganz wichtig - vielleicht wird dieser Prozess sogar noch beschleunigt -, dass wir eine neue Konzeption des muttersprachlichen Unterrichts bekommen. Bisher galt: Eine Sprache - das ist die Muttersprache - muss zunächst beherrscht werden, dann kann man mit dem Fach Deutsch weitermachen. Davon gehen wir nun ab, indem wir die Frühförderung in der deutschen Sprache einführen.

Bei der Weiterbildung - auch das habe ich schon mehrfach gesagt - trifft es mich ganz besonders, dass wir - entgegen unseren Versprechungen - Kürzungen vornehmen müssen. Da beißt keine Maus den Faden ab. Ich glaube jedoch, dass wir einen Weg gefunden haben, durch die Streckung der zehnpromzentigen Kürzung zurechtzukommen. Das ist verkräftbar. Das gibt auch Planungssicherheit.

Bei der Kürzung im Bereich "Geld statt Stellen" werden wir versuchen, durch einen flexiblen Einsatz für Ausgleich zu sorgen, um den Bedarf an Ersatzunterricht zu befriedigen.

Herr Recker, Sie haben in Ihrem Sprechzettel - noch deutlicher als in Ihrer Rede - einen Spagat unternommen. Sie beginnen zunächst mit folgendem Vorwurf: "Ein Jahr nach PISA - Sprüche statt Taten in der Schulpolitik". Sie werfen der Landesregierung und damit auch den Koalitionsfraktionen somit Untätigkeit vor. Dann gibt es bei Ihnen ein Kapitel, was wir brauchen bzw. was wir nicht brauchen, und zwar nach PISA. Wir brauchen keine Schulstrukturdebatte, verkünden Sie. Diese Debatte scheuen Sie wie der Teufel das Weihwasser. Zum Schluss kommt bei Ihnen das Kapitel "Blinder Aktionismus schafft keine soliden Rahmenbedingungen".

Sie müssen sich aber schon entscheiden, ob Sie der Landesregierung Untätigkeit oder Aktionismus vorwerfen.

(Beifall bei der SPD)

Blind ist dieser Aktionismus auf keinen Fall. Zum Teil sind die Aktionen, die Sie beschreiben, z. B. mit der offenen Ganztagsgrundschule, keine Dinge, die wir erst seit PISA betreiben,

(Brigitte Speth [SPD]: Genau!)

sondern das sind Dinge, auf die wir bereits vor PISA, nach TIMSS und nach den Veröffentlichungen der OECD gekommen sind. Sie wissen, dass unser diesbezüglicher Antrag im Schulausschuss noch anhängig ist. Wir werden also Diskussionsmöglichkeiten in Fülle haben.

Ich glaube, wir sollten dies grundsätzlich behandeln. Wir sollten überlegen, was wir tun können, um das Klima rund um die Wertschätzung von Bildung in unserem Lande zu erhöhen. In diesem Zusammenhang will ich abschließend ein interessantes Ergebnis einer Gallup-Umfrage unter 47 Ländern über ein "Vertrauensranking" mitteilen. Von 17 Institutionen genießt das Bildungssystem weltweit das meiste Vertrauen. In Deutschland indessen führen die Bereiche Polizei und Streitkräfte die Liste an. Bildung rangiert bei uns auf Platz 11. Lassen Sie uns also gemeinsam etwas tun, damit dieser Rangplatz sich verbessert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Degen. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich würden wir uns alle wünschen, wenn Bildung ein höheres Ansehen auch bei uns in der Gesellschaft hätte, aber dann müssten auch die Rahmenbedingungen stimmen. Es müsste Grund für mehr Zufriedenheit in Bezug auf das reale Handeln der Politik geben.

Zeitgleich zum ersten PISA-Jahrestag muss man der Bildung - zumindest in Nordrhein-Westfalen - unverändert ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Der Sparhaushalt von Rot-Grün lässt eine Trendwende für 2003 auch nicht erkennen.

Worte sind genug gewechselt, allein es fehlt an Taten. Die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer warten in der Tat in unserem Land immer noch auf den so dringend notwendigen großen Ruck, der durch unser Land gehen muss. Ich richte dies ausdrücklich - nicht als persönliche Kritik - an unsere neue Bildungsministerin. Ihr ist von ihrer Amtsvorgängerin ein Mangelhaushalt, nämlich dieser Mangelhaushalt, und ein Scherbenhaufen hinterlassen worden, den sie nicht in ein paar

"Schäfer" Stündchen neu zusammenfügen konnte.

(Brigitte Speth [SPD]: Mehr als peinlich!)

Aber es wird höchste Zeit, dass wir jetzt endlich gemeinsam anpacken und für 2003 gemeinsam arbeiten, und zwar für ein modernes Bildungswesen und somit auch für bessere Zukunftschancen der jungen Generation. Rot-Grün hat die entscheidenden Hausaufgaben ein Jahr nach PISA immer noch nicht gemacht.

(Brigitte Speth [SPD]: Hauptsache, Sie kümmern sich um Begabungen!)

Dem Kindergarten fehlt ein bildungspolitisches Rahmencurriculum. Für eine flächendeckende frühe Einschulung sind keinerlei Vorkehrungen getroffen worden. Neuen didaktischen Konzepten steht die zusammengestrichene Lehrerfortbildung im Landeshaushalt entgegen. Und die Ganztagschule erweist sich immer mehr als Rohrkrepiere,

(Brigitte Speth [SPD]: Gut, dass Sie das wissen!)

wenn man sich tatsächlich einmal die Finanzierung der Angebote anschaut und betrachtet, wie wenig tatsächlich vor Ort bei den Betroffenen ankommt.

Eine Ganztagsoffensive, bei der man sich darauf verlässt, dass Bund und Kommunen vieles auffangen und die das Land im Wesentlichen nicht in die Pflicht nimmt, für die nötigen Relationen zu sorgen, hat diesen Titel sicherlich auch nicht verdient.

Die ernüchternden Befunde der PISA-Untersuchung behalten damit für NRW auch weiterhin Gültigkeit. Erinnern wir uns: Die nordrhein-westfälischen Schüler liegen in der Summe aller drei Kernkompetenzen - Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften - an der Schwelle zum unteren Drittel der Bildungsbundesliga. Das bedeutet für NRW im Vergleich zu den strukturell vergleichbaren Flächenländern einen vorletzten Tabellenplatz in der Gesamtheit der Kompetenzfelder. Nur Niedersachsen - das Land unseres Bundeskanzlers und der Bundesbildungsministerin - schneidet noch schlechter ab. Vor uns liegen die Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Hessen. NRW liegt bei allen untersuchten Basiskompetenzen sowohl unterhalb des internationalen OECD-Durchschnitts als auch unter dem Bundesmittel.

(Brigitte Speth [SPD]: Im Gegensatz zu Bayern! Die liegen weit drüber! Oder sehe ich das falsch?)

25 bis 30 % aller Schüler in NRW bilden die potenzielle Risikogruppe, die aufgrund ihrer gravierenden Kenntnismängel im Beruf wie im späteren Leben zu scheitern droht.

(Brigitte Speth [SPD]: Das gilt für ganz Deutschland!)

In unserem Bundesland ist die Spannweite zwischen leistungsstarken und leistungsschwächeren Schülern besonders groß. In kaum einem anderen Land ist die soziale Herkunft so vorherbestimmend für die Bildungschancen und für den Lernerfolg der Schüler wie in NRW.

All das darf uns nicht zur Selbstgefälligkeit veranlassen. Manfred Degen hat gerade ausgeführt, dass Anfang der 90er-Jahre die Bildungsrelationen in Nordrhein-Westfalen erheblich besser aussahen, aber in den letzten zehn Jahren ein Bildungsabbau stattgefunden hätte. Wenn das richtig ist, dann muss man sich doch einmal die Frage stellen, wo wir bei Folgeuntersuchungen angesichts der jetzigen Mangelsituation stehen werden, wenn die Ergebnisse der PISA-Untersuchung, basierend noch auf einer besseren Ausgangslage, schon jetzt so schlecht ausfallen.

Bei all dem, was hier über Lehrerneueinstellungen gesagt wird: Parallel steigen auch die Schülerzahlen. Natürlich können Sie sich die absoluten Zahlen des Stellenhaushalts anschauen und sagen: Unter dem Strich gibt es in der Summe mehr Lehrer als noch im Jahr zuvor. - Gleichzeitig sind allerdings die Aufgaben gewachsen, Herausforderungen für die Bildung und auch Quantitäten in der Beschulung entsprechend gestiegen.

Wie verlässlich der so genannte verlässliche Stufenplan ist, können wir hier erneut nachvollziehen, wenn von Jahr zu Jahr mitgeteilt wird, welche Maßnahmen wieder gestreckt, verschoben und verzögert werden - so ja auch an mehreren Stellen in diesem Haushalt. Was das noch mit der neuen Verlässlichkeit zu tun haben soll, das entspringt wahrscheinlich der gleichen Logik, wie gerade von meinem Vorredner vorgetragen. Herr Degen hat uns ja darüber aufgeklärt, dass die Streckung von Kürzungen im Weiterbildungsbe-  
reich entgegen langjähriger anders lautender Zusagen nun die neue Planungssicherheit für die Verbände darstellt. Wenn das der Umgang mit Partnern ist, die ihre Aufgaben zu erfüllen haben und an die wir auch entsprechende Erwartungen richten, die realisiert werden sollen, und jedes Jahr sich wiederholende Kürzungen entgegen

früherer umgekehrter Zusagen letzten Endes insofern als Planungssicherheit definiert werden, als man zusichert, die Kürzungen über einen längeren Zeitraum zu strecken - wenn das die neue Partnerschaft und Verlässlichkeit des Bildungsbe-  
reichs ist, weiß man eben auch Bescheid.

(Beifall bei der FDP)

Es besteht aufgrund der Rahmenbedingungen von PISA mehr denn je die Notwendigkeit zu durchgreifendem Handeln. Wie durchgreifend das Handeln von Rot-Grün ist, sieht man, wenn man sich die Streichliste anschaut. Es wird gekürzt bei der Lehrerfortbildung. Es wird gekürzt bei modernen Technologien, Multimediakompetenz und der "e-nitiative NRW". Bei den Schulwanderungen wird gekürzt, die soziale Prozesse - in Zeiten von PISA vielleicht auch eine wichtige Voraussetzung für das Lernklima in Schulen - fördern. Bei den Leistungsprämien und Jubiläumszuwendungen für Lehrer wird gekürzt. Das wirkt sich auf die Motivation der Pädagogen aus. Vor allem wird auch in besonders sensiblen Bereichen gekürzt, z. B. beim therapeutischen Personal zur Begleitung der Entwicklungsprozesse Schwerstbehinderter in Schulen oder - darauf ist auch schon von anderen hingewiesen worden - beim muttersprachlichen Unterricht für eine bessere Ausländerintegration.

Ich fand jedenfalls gerade bezeichnend, was meine grüne Vorrednerin Frau Haußmann an dieser Stelle ausgeführt hat, die hier etwas hilflos stand und sagte, der Haushalt hat auch bezogen auf Bildungsprozesse von Migranten Licht und Schatten, da müssen wir es leider auch hinnehmen, dass in diesem Bereich gekürzt wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind der Landtag, wir sind zuständig für den Landeshaushalt. Den machen wir. Den macht keine Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Unser Angebot auch an die Grünen steht ausdrücklich: Stimmen Sie unserem Vorhaben zum Erhalt des muttersprachlichen Unterrichts zu. Mit Ihren Stimmen haben wir dafür hier eine parlamentarische Mehrheit. Wir können das bis nächste Woche entsprechend ändern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Zielsetzung, die wir als FDP-Landtagsfraktion mit unseren Vorschlägen zum Landeshaushalt verfolgen und umsetzen wollen, ist die Mobilisierung enormer finanzieller Ressourcen aus politischen Betätigungsfeldern der Vergangenheit zugunsten von mehr Zukunftsfähigkeit, zugunsten

der jungen Generation für ein modernes und leistungsfähiges Bildungsland NRW.

Wir wollen ein Milliarden-Sofortprogramm für das NRW-Bildungswesen auf den Weg bringen. Wir wollen eine halbe Milliarde Euro mehr für in der Tat 8.000 zusätzliche Lehrerneueinstellungen sowie für attraktivere Besoldungskonditionen und höhere Lehrereinstiegsgehälter. Wir wollen die Motivation in den Kollegien wieder steigern durch höhere Leistungsprämien - wie dies auch andernorts üblich ist - und die Rücknahme der Kürzungen bei der Lehrereisekostenerstattung. Wir wollen die Sanierung und Modernisierung maroder und baufälliger Schulen und Bildungseinrichtungen in unserem Land voranbringen. Wir möchten die Förderung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich des Schul- und Schulsportstättenbaus. Wir möchten eine bessere Unterrichtsausstattung der Schulen im Bereich neuer Informationstechnologien und Multimedia sowie eine verstärkte Aus- und Fortbildungsanstrengung aufseiten des Lehrpersonals.

Bereits heute gibt es in Nordrhein-Westfalen zu wenige Lehrer. In allen Landesteilen - das ist die Realität - klagen Schüler und Eltern über zu große Klassen und zu schlechte Unterrichtsbedingungen. Nach Auskünften des zuständigen Ministeriums hat sich die Schüler-Lehrer-Relation in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Gerade unter sozialen Aspekten, die im Kontext der PISA-Debatte wichtig sind, wenn man es mit sozial defavorisierten Milieus zu tun hat und Familienstrukturen nicht mehr das an Erziehung leisten, was sie früher geleistet haben oder was gesellschaftspolitisch wünschenswert wäre, dass sie es leisten könnten, ist Schule noch mehr gefordert - nicht, weil wir wollten, dass der Staat in Erziehung hineinregiert, sondern weil wir von staatlicher Seite aus Verantwortung für die Schüler wahrnehmen müssen, die für ihre Situation und ihre familiären Verhältnisse letzten Endes nichts können. Daher müssen wir entsprechend investieren.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Witzel, Ihre Redezeit ist beendet. Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Ralf Witzel (FDP):** Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Als FDP-Landtagsfraktion appellieren wir ausdrücklich an alle Fraktionen des Landtages, sich unserem Vorhaben für einen tatsächlichen Zukunftshaushalt zugunsten der Bildung anzuschließen. Sie können das bis zur dritten Lesung in der nächsten Woche tun.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Witzel, Sie müssen bitte zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist beendet.

**Ralf Witzel (FDP):** Wir können dem von Ihnen vorgelegten Landeshaushalt nicht zustimmen. Dieser Haushalt verkörpert in der Bildung das Harry-Potter-Phänomen: Aus der Schatzkammer von einst wurde die Kammer des Schreckens. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, ich achte sehr genau auf die Redezeit, weil wir heute einen sehr langen Tag haben.

Als nächste Rednerin spricht Frau Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Löhrmann.

(Dr. Friedrich Wilke [FDP]: Sie können ja ein bisschen kürzer reden!)

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beim Zuhören wurde mir klar, dass die Opposition eines im negativen Sinne auszeichnet: Sie bleibt in ihren Vorschlägen strukturkonservativ und ist nicht in der Lage, veränderte Rahmenbedingungen zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir wissen allerdings, dass die Menschen, mit denen wir einen Dialog führen, sehr wohl in der Lage sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass man bei veränderten Rahmenbedingungen abwägen und dann in einer gesamtverantwortlichen Entscheidung zu Ergebnissen kommen muss.

Herr Witzel, wenn Sie auch nur einmal eine seriöse Finanzierung Ihrer schönen Milliardenprogramme nachweisen könnten, dann würden wir uns gern mit Ihnen auseinander setzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Bisher sind Sie und auch Ihre Finanzpolitiker diesen Beweis schuldig geblieben. Man kann Schule und Bildung nicht auf der Basis von Vertragsbrüchen organisieren.

Herr Recker hat uns vorgeworfen, wir hätten nach PISA nichts getan. An dieser Stelle erinnere ich nur daran, dass Sie in Ihrer Pressekonferenz - heute haben Sie diesen Satz nicht gesagt - aus-

drücklich darauf hingewiesen haben, Finnland sei für Sie kein Vorbild. Das wundert mich sehr,

(Zurufe von der CDU)

weil uns alle Bildungsforscher den Rat geben, wir sollten uns an den Ländern der Spitzengruppe orientieren und von ihnen lernen, anstatt im innerdeutschen Vergleich den Wettbewerb in der Regionalliga zu suchen.

Auch stellt es einen Widerspruch dar - darauf hat Herr Degen bereits hingewiesen -, dass Sie der Landesregierung zum einen vorwerfen, sie mache nichts, und zum anderen all das für verkehrt halten, was sie vorschlägt. In diesem Zusammenhang vermisste ich nach wie vor ein Konzept der CDU und auch der FDP nach PISA. Sie haben nur die alten Dinge aus der Mottenkiste herausgeholt. Das, was Sie vor PISA geschrieben haben, haben Sie auch nach PISA wieder eingebracht.

Meine Damen und Herren, Bildung hat in Nordrhein-Westfalen Priorität. Das ist keine leere Floskel, das sind keine leichtfertig dahingesagten Worte. Vielmehr hat dieses Leitprinzip die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr maßgeblich bestimmt. Dieses Leitprinzip wurde im Haushalt 2003 auch verankert. Dass die Situation schwierig ist, haben außer Ihnen alle begriffen: die Koalitionsfraktionen ebenso wie die Öffentlichkeit. Gerade vor dem Hintergrund, 3 Milliarden € einsparen zu müssen, sind wir Grünen stolz darauf, dass sich das eben genannte Leitprinzip für den Schulbereich im Haushalt verankern ließ.

An dieser Stelle muss von einigen Kraftanstrengungen berichtet werden, die sich in den dicken Entwurfsbänden gar nicht finden. Die 40-Stunden-Woche für den Schuldienst und die Erhöhung der Unterrichtszeit waren bis zu den Schlussberatungen des Kabinetts lange und hartnäckig im Gespräch. Andere Bundesländer, auch diejenigen, in den CDU und FDP die Verantwortung tragen, haben die Unterrichtszeiten der Lehrerinnen und Lehrer angehoben. Wir wissen um die wichtige und schwierige Arbeit, die sie für die Kinder und Jugendlichen und damit für unsere Gesellschaft insgesamt leisten. Deshalb haben wir hier ein Zeichen gesetzt und die 40-Stunden-Woche für alle Beamtinnen und Beamte, aber eben auch für die Lehrerinnen und Lehrer, die bei ihnen mit einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung verbunden wäre, verhindert. Dies ist es wert, dass man es hier ausdrücklich festhält.

Wir stellen zusätzlich Lehrerstellen in den Haushalt ein. An diesem Punkt werden von der Opposition Äpfel mit Birnen verglichen. Der Stufenplan

"Verlässliche Schule" gilt auch in Zeiten knapper Kassen. Herr Recker, in welchem Bundesland wird denn seit Jahren so konsequent wie hier in Nordrhein-Westfalen jede frei werdende Lehrerstelle wieder besetzt? Es stimmt eben nicht, dass wir nichts Zusätzliches täten, wie Sie uns vorwerfen. Hier setzen wir zulasten anderer Ressorts Prioritäten. Dafür sind wir sehr dankbar; dies tun wir aber im Sinne der Kinder und Jugendlichen gern.

Meine Damen und Herren, vom kommenden Schuljahr an werden alle dritten Klassen an allen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen mit Englischunterricht beginnen.

(Ralf Witzel [FDP]: Zu spät!)

Wir lassen die Kinder ihre besondere Begabung nutzen, in jungen Jahren Sprachen zu lernen. Wir machen unsere Schulen internationaler und bereiten unsere Kinder und Jugendlichen auf eine von Europäisierung und Globalisierung geprägte Welt vor. Hier investieren wir, auch wenn andere Bereiche dafür Opfer bringen müssen.

Bei der zweiten Ergänzungsvorlage, die die Folgen der allseits bekannten Steuerminderereinnahmen bereits umgesetzte, haben wir uns sogar dafür entschieden, die offene Ganztagschule im Primarbereich besser auszustatten und hier einen stärkeren pädagogischen Akzent zu setzen. 100 zusätzliche Stellen für die teilnehmenden Schulen haben wir bereits für 2003 eingestellt; bis 2006/07 werden es 800 zusätzliche Stellen sein. Das ist Priorität für Bildung.

Herr Recker, es geht nicht darum, diese Stellen - wie Sie es mit Ihrem Rechenbeispiel versuchten - flächendeckend zu verteilen. Vielmehr geht es um den pädagogischen Anteil. Die Kommunen bekommen zwei Drittel der erforderlichen Mittel vom Land, können ihre bisherigen Mittel einbringen und dazu Elternbeiträge erheben, wie es auch jetzt schon in vielen Bereichen der Fall ist. Die Kommunen können die Stellen dann entsprechend der örtlichen Bedarfe qualifiziert verteilen. Das können wir hier im Landtag gar nicht steuern. Deshalb ist es falsch, wie Sie es verrechnet haben. Wir verteilen die knappen Mittel eben nicht mit der Gießkanne.

Die Mittel für die derzeitigen Betreuungsprogramme, für die Schule von 8 bis 1, für 13 Plus, für die Silentien, für SIT steigen in vereinbartem Ausmaß um mehr als 4 Millionen € im kommenden Jahr. Diese Gelder stehen allen Schulen zur Verfügung und nicht nur denen, die sich im kommenden Jahr dazu entschließen, Angebote im

Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich vorzuhalten.

Die Opposition bemängelt unser Konzept. Die offene Ganztagschule sei keine Antwort auf PISA. Wir sind gleichwohl der Meinung, dass es das ist, weil wir durch diese offene Ganztagschule eine bessere Förderung für eine wesentlich größere Anzahl von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Wir verbessern dadurch Chancengleichheit.

Schritt für Schritt machen wir unsere Schulen zu Häusern des Lernens, in denen ein anderer Wind weht und in denen auch weniger privilegierte Kinder eine Heimat finden. Wir bringen die Verantwortlichen aus den verschiedensten Institutionen und Organisationen zusammen und bündeln die Kräfte zum Wohle der Kinder und Jugendlichen. Damit einhergehend leisten wir einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Auch hier ist Nordrhein-Westfalen vorbildlich für andere Bundesländer. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Angebote im Bereich der Nachmittagsbetreuung. Wir werden daraus ein pädagogisches Angebot machen. Insofern werden wir eine offene Ganztagschule einrichten, die nicht "nur" Betreuung bietet.

Meine Damen und Herren, auch im vermeintlich Kleinen konnten wir in den Haushaltverhandlungen Akzente setzen. Der Innovationsfonds Schule wird 2003 besser ausgestattet als in diesem Jahr. Mit der Leseinitiative greifen wir die in der PISA-Studie aufgedeckten Defizite auf. Das wichtige BUS-Projekt, das schon vielen schwer zu vermittelnden Jugendlichen den Zugang zu Ausbildungsplätzen eröffnet hat, bleibt in seinem vollen Umfang erhalten. Auch das zunächst von Kürzungen bedrohte GÖS-Programm konnten wir auf Initiative der Grünen wieder aufstocken.

Neben der Ausstattung der Schulen, die am Modellvorhaben "Selbständige Schule" beteiligt sind, erhalten auch alle anderen Schulen, die es möchten, weiterhin finanzielle Unterstützung für Projekte und für Programmarbeit. Keine Schule in Nordrhein-Westfalen soll von innovativer Schulentwicklung ausgeschlossen sein.

Apropos selbstständige Schule: Auch hier fangen wir wie geplant im Jahre 2002 konkret mit der Umsetzung und mit der Erweiterung an. Die Schulen bekommen die Mittel. Alle anderen Bundesländer sind längst nicht so weit wie Nordrhein-Westfalen mit der Frage der Selbstständigkeit. Wer die Auftaktveranstaltung besucht hat, weiß, wie gut dieses Programm ankommt. Er weiß, wie sehr die Schulen das nutzen und welche Auf-

bruchstimmung dadurch in Nordrhein-Westfalen an unseren Schulen herrscht.

Meine Damen und Herren, ein Wermutstropfen - ich möchte das ausdrücklich noch einmal sagen - ist für uns im Schulbereich die Streichung eines Teils der Stellen beim muttersprachlichen Unterricht. Wir wissen alle: Wir müssen mehr für die frühe Förderung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund tun. Das ist nicht erst eine Erkenntnis aus PISA. Aber, wir wissen auch, dass nicht alle bisher sehr breit gegebenen Maßnahmen den gewünschten Fördereffekt haben. Sonst hätten wir doch nicht die Ergebnisse bei PISA.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Wir dürfen nicht immer nur die alten Maßnahmen parallel nebeneinander herlaufen lassen, sondern wir geben der Landesregierung den Auftrag zu bündeln, eine Neukonzeptionierung vorzulegen, eine Umschichtung nach unten vorzunehmen. Das führt meiner Meinung nach weiter, als einfach in den alten Strukturen fortzufahren.

(Widerspruch von Michael Solf [CDU])

Das unterscheidet uns maßgeblich von der Opposition des Hauses. Wir entwickeln auch in Zeiten knapper Kassen Lösungen zugunsten der Betroffenen.

Das gilt im Übrigen auch für die Frage der Stellenbewirtschaftung des Programms "Geld statt Stellen". Da ist ja interessant: Sie haben es immer bekämpft. Jetzt beklagen Sie, dass es nicht so fortgesetzt wird.

(Bernhard Recker [CDU]: Was soll das denn?)

Wir verknüpfen hier und ermöglichen, dass die verschiedenen Titel, aus denen Lehrerinnen und Lehrer finanziert werden, gegenseitig deckungsfähig werden, damit die Mittel, die wir verankern, auch alle abfließen. Das ist seriös. Das ist alles solide finanziert. Auch vor diesem Hintergrund machen wir eine nachhaltige Politik in Nordrhein-Westfalen für die Kinder und Jugendlichen.

Ihre Politik würde dazu führen, dass die Kinder und Jugendlichen am Ende die Schulden, die Sie heute machen müssten, um das zu finanzieren, zu bezahlen hätten.

(Zuruf von der CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Frau Löhrmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE): Ich komme auch zum Schluss, Frau Präsidentin. - Für uns ist klar: Wir wissen, dass Bildungsinvestitionen Zukunftsinvestitionen sind. Wir, Rot-Grün, nehmen hier eine Prioritätensetzung vor. Sie zeigen dazu keinerlei Alternativen auf. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Frau Schäfer, das Wort. Bitte schön.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, so kenne ich Sie.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Vorsichtig!)

Ich hatte vergebens gehofft, dass Sie heute die Chance nutzen würden, aus Ihren jeweiligen Schützengräben herauszukommen und vielleicht heute einmal eine neue Melodie anzustimmen.

(Zurufe von der CDU)

Diese Chance haben Sie heute vertan. Ich finde das sehr schade. Ich bedaure es.

Zu Herrn Witzel die Anmerkung: Als Herr Mölleman hier noch saß, hieß es immer: Tempo! Tempo! Bei Ihrer Rede hatte ich eher den Eindruck, dass Sie doch am Ende erschöpft waren. Das als polemische Bemerkung meinerseits vorab.

Ich scheue nicht die Auseinandersetzung - im Gegenteil. Es ist das legitime Recht, ja die Pflicht der Opposition, die Regierungsarbeit kritisch in den Blick zu nehmen. Es ist aber deshalb schade, weil hier wieder einmal der Eindruck entsteht, dass es Ihnen nicht darum geht, wie wir die Lebens- und Lernverhältnisse unserer Kinder und Jugendlichen verbessern können und wie es uns gelingen kann, gute und bessere Schule zu machen. Es geht Ihnen schlicht und einfach um Polemik. Das, meine Damen und Herren, hilft aber weder den Kindergärten noch den Schulen noch den Jugendeinrichtungen. Deshalb mache ich dabei auch nicht mit.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist meine erste Etatrede, die ich als Ministerin für Schule, Jugend und Kinder in diesem Parlament halte. Ich verantworte einen Geschäftsbereich, der in der Prioritätenliste der Landesregierung

ganz weit oben steht, in der Priorität - das sage ich ausdrücklich - für Bildung und Erziehung.

Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 setzt trotz schwieriger finanzwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in dem Politikfeld Schule, Jugend und Kinder eindeutig Prioritäten. Sie wollen das nicht sehen. Aus Ihren Worten spricht viel Geringschätzung heraus. Was Sie hier schlechtreden wollen, ist aber in Wahrheit eine große Kraftanstrengung dieses Landes.

Bei sinkendem Gesamtetat steigen die Ausgaben für die Schulbereich überproportional auf insgesamt 11,4 Milliarden €. Wir haben da Wort gehalten.

Ebenso ist es richtig, dass ein Teil dieser Steigerung durch höhere Pensionslasten aufgezehrt wird. Es ist aber wahrlich keine neue Information, dass wir wie auch andere Bundesländer das Problem steigender Pensionslasten haben. Wichtiger ist, dass wir unter dem Strich im neuen Jahr tatsächlich 1.329 neue Stellen für die Schulen schaffen. Ich frage Sie einfach: Welcher andere Bereich kann so etwas vorweisen?

Wir halten in einem zweiten Bereich Wort: Der Stufenplan "Verlässliche Schule" gilt. Das sagte der Ministerpräsident bereits in seiner Regierungserklärung; ich wiederhole es hier. Wir werden bis zum Ende dieser Legislaturperiode die vorgesehenen 6.1000 zusätzlichen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer haben.

Ich habe eben vom Zuwachs im Jahr 2003 gesprochen. Wir schaffen 560 Stellen davon wegen der steigenden Schülerzahlen - auch das ist richtig - und 670 Stellen für den Unterricht im Fach Englisch, der im nächsten Schuljahr ab der dritten Klasse erteilt werden soll. An dieser Stelle betone ich ausdrücklich: Wir haben trotz schwieriger Finanzbedingungen die Lehrerarbeitszeit nicht verlängert; das ist mir ebenso wichtig wie Frau Löhrmann. Die Lehrerverbände haben dies bereits anerkennend registriert. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kabinettskollegen und insbesondere beim Ministerpräsidenten für dieses wichtige Signal zugunsten unserer Lehrerinnen und Lehrer.

Sie schätzen nicht nur unsere Anstrengungen gering, sondern sind auch in Ihren Forderungen maßlos. Meiner Auffassung nach haben Sie dabei die Realität aus den Augen verloren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe einmal die Finanzvolumina addieren lassen, die hinter den Anträgen stehen, die Sie im Fach-

ausschuss allein für den Bereich Schule gestellt haben. Sie kommen auf eine Nettogesamtsumme von mehr als 1 Milliarde €, für die Sie bisher keinen einzigen Deckungsvorschlag gemacht haben. Das halte ich für unseriöse Politik. Die CDU schneidet dabei mit rund 250 Millionen € im Vergleich zur FDP, die es auf ca. 800 Millionen € bringt, noch ein bisschen besser ab; das muss man der Wahrheit halber auch sagen.

Mit 6.100 neuen Stellen setzen wir ein realistisches Signal. Mit der Wiederbesetzung von 30.000 frei werdenden Stellen bis 2005 leiten wir außerdem einen Generationswechsel in der Lehrerschaft ein. Wir wissen, dass wir dabei große Anstrengungen unternehmen müssen, um diese Stellen dauerhaft und mit fachlich qualifizierten Bewerbern zu besetzen. Sie wissen alle, dass in bestimmten Fächern bundesweit ein spürbarer Rückgang der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für den Schuldienst zu verzeichnen ist. Übrigens spüren auch viele andere europäische Länder dieses Problem. Das macht es aber nicht leichter; wir werden es in den nächsten zwei Jahren verstärkt in den Blick nehmen müssen.

In Nordrhein-Westfalen wurde frühzeitig gegengesteuert: Wir haben gemeinsam mit den Lehrerverbänden in einer breit angelegten Imagekampagne für den Lehrerberuf geworben. Wir setzen uns auch für innovative Lösungen ein und haben den Schuldienst für qualifizierte Seiteneinsteiger geöffnet. Die Rückmeldungen hierzu und unsere Erfahrungen damit sind durchaus viel versprechend. Daran werden wir jedoch weiter arbeiten müssen.

Die Studienanfängerzahlen für ein Lehramtsstudium sind im Jahr 2001 um rund 30 % gestiegen. Die große Mehrzahl der Schulen begrüßt das Seiteneinsteigerprogramm. Die in dessen Rahmen eingestellten Unterrichtenden anderer beruflicher Herkunft stärken die Schulen in ihrer Kompetenz und bereichern das Schulleben. Der Erfolg gibt uns Recht. Wir konnten zu Beginn dieses Schuljahres nahezu alle Lehrerstellen besetzen.

Dies wird aber ein Problem bleiben. Deswegen verdeutliche ich: Wir als Parlament, als Parlamentarier und als Landesregierung können, jeder in dieser Gesellschaft kann dazu beitragen, dass die Profession des Lehrers bzw. der Lehrerin einen anderen Stellenwert bekommt. Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass wir durch unsere politische Debatte nicht unerheblich dazu beitragen, dass sich im Lande ein verzerrtes Bild von Schullwirklichkeit herausbildet, das Menschen nicht unbedingt motiviert, den Lehrerberuf zu ergreifen. Ich werbe ausdrücklich dafür, auf diesem Gebiet andere Ansätze zu verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei setze ich auch auf Ihre politische Verantwortung als Opposition.

Jetzt noch einmal zu PISA: Die Landesregierung verfolgt bei ihrer Auswertung der PISA-Studie einen klaren Kurs. Sie konzentriert sich auf die Nutzung der frühen Lernzeit. Deshalb hat sie in ihrer aktuellen Politik ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht: Wir stärken den Bildungsauftrag des Kindergartens, wir stärken die vorschulische Sprachförderung. Das Volumen der dafür aufgewandten finanziellen Mittel ist nicht unerheblich. Wir stocken diesen Ansatz von 2 Millionen € auf 5 Millionen € auf und schaffen damit die Möglichkeit, 3.400 Sprachkurse im vorschulischen Bereich und im Kindergarten durchzuführen. Das ist kein Pappentitel. Davon versprechen wir uns eine beträchtliche Förderung der Schulanfänger.

Wir stärken die Kompetenzen der Erzieherinnen und gestalten die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule neu. Herr Recker, Sie sagten eben, wir überforderten die Grundschulen, indem wir mit dem Englischunterricht angingen. Bitte erinnern Sie sich: In Ihren Petersberger Beschlüssen fordern Sie Englischunterricht bereits ab dem ersten Schuljahr.

Wir führen zum nächsten Jahr die vorläufigen Richtlinien ein und sprechen über die flexible Schuleingangsphase. Ich weiß nicht genau, was Sie unter flexibler Schuleingangsphase verstehen. Ihrem Sprechzettel habe ich entnommen, dass Sie vermuten, wir würden die Klassen 1 und 2 zusammenlegen; zumindest haben Sie über die Zusammenlegung der Klassen 1 und 2 gesprochen. So ist das aber nicht gemeint. Vielleicht haben Sie sich an Baden-Württemberg orientiert. Die dortige Haushaltsstrukturkommission wurde beauftragt, die Zusammenlegung von Klasse 1 und 2 zu prüfen. Wir tun das nicht. Wir wollen die flexible Schuleingangsphase im Dialog mit den Schulen weiterentwickeln, weil wir glauben, dass das in Kombination mit den neuen Richtlinien und mit dem Blick darauf, welche Art individueller Förderung die Ergebnisse von PISA erfordern, ein richtiger Schritt ist. Wir werden damit niemanden überfordern; das sage ich ganz ausdrücklich.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zu den Hauptschulen machen. Sie fragen danach, was wir für die Hauptschulen tun. Auf diese Frage kann ich nur entgegnen, was schon meine Vordredner gesagt haben. Wir haben begonnen, Förderprogramme für den Übergang von der Schule zum Beruf umzusetzen, und sind dabei sehr erfolgreich. Für die Klassen 5 und 6 haben wir eine

intensive Sprachförderung umgesetzt. Daran müssen wir weiterarbeiten. Die Besetzung der Stellen in der Hauptschule wird uns ebenfalls noch beschäftigen. Wir unternehmen auf diesem Gebiet eine ganze Menge und lassen uns nicht vorhalten, dass wir in dieser Richtung irgendetwas versäumt hätten. Allerdings streite ich nicht ab, dass man Dinge immer noch besser machen kann.

Ziehen wir einfach einmal das Fazit: Die Opposition spielt trotz schwieriger Rahmenbedingungen das alte Spiel, draufzuhauen und mies zu machen, weil irgendetwas schon hängen bleiben werde. Die Menschen an unseren Schulen brauchen aber konkrete Hilfen, Zuspruch und Motivation statt Miesmacherei. Bei den Veranstaltungen, bei denen ich spreche, werde ich auch nicht müde, dies zu betonen; ich bekomme auch entsprechende Rückmeldungen.

Die Landesregierung hält an ihrem Kurs der Priorität für Bildung fest und macht Reformvorschläge. Ich werde auf die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler und auf ihre Eltern zugehen und mit ihnen über unsere Politik sprechen. Wir sind nach PISA auf einem schwierigen Weg; das wissen wir. Wir haben ihn erfolgreich zu beschreiten begonnen. Wer allerdings erwartet, dass man in einem Jahr auf dem Gebiet der Bildung konkrete Ergebnisse erzielen kann, der täuscht sich. Wir müssen jetzt auch auf das setzen, was wir angefangen haben,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie sind seit 30 Jahren in der Verantwortung!)

und an den Dingen, die wir weiterentwickeln wollen, gemeinsam weiterarbeiten. Dabei setze ich auch auf Ihre konstruktive Mitarbeit im Sinne unserer Schulen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Schäfer. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Teilbereich a) Schule liegen nicht vor.

Wir kommen damit zum Teilbereich

#### **b) Wissenschaft und Forschung**

Als erstem Redner erteile ich Herrn Kuhmichel von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Wissenschaftsministerin, wenn ich Sie anspre-

chen darf: Wenn Sie das Gespräch mit dem Kollegen beendet haben

(Zuruf von der SPD: Oberlehrer! - Unruhe)

- warten Sie doch erst einmal ab; es ist etwas Positives, was jetzt kommt -, darf ich Ihnen anlässlich unserer heutigen ersten Dienstbesprechung hier im Plenum viel Glück in Ihrem neuen Amt wünschen.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

- Sehen Sie, Sie haben zu früh geschimpft.

Allerdings hat Ihnen Ihre Vorgängerin - dafür können wir als Opposition nichts - eine Situation hinterlassen, bei der Sie sich dieses Glück schwer werden erarbeiten müssen.

Sie wissen es sicherlich: An dem Wechsel von Behler zu Kraft knüpfen sich an unseren nordrhein-westfälischen Hochschulen zahlreiche Erwartungen und Hoffnungen. Unsere Hochschulen erwarten und erhoffen sich eine Ministerin, die der Vertrauenskrise engagiert begegnet, die auf Verlässlichkeit von Absprachen setzt, die den ständigen Dialog pflegt und die nicht zuletzt den Mut hat, auch in schwierigen Haushaltszeiten mit einer eigenen Handschrift die Priorität ihres Ressorts immer wieder energisch öffentlich zu vertreten.

Unsere Hochschulen brauchen nicht mehr, Frau Ministerin Kraft, ministerielle Kraftmeierei, staatliche Bevormundung und finanzielle Drohkulissen.

Vor dem Hintergrund dieser Erwartungen und Hoffnungen haben Sie, Frau Ministerin Kraft, leider keinen guten Anfang gemacht, wie ich leider sagen muss. Bisher bestätigen Sie nur die fehlerhaften Weichenstellungen Ihrer Vorgängerin und laufen damit Gefahr, zur bloßen Notarin einer verfahrenen Situation zu werden und die zurückliegenden Fehler und Versäumnisse lediglich zu beglaubigen.

Ich will nur zwei Themen kurz stichwortartig ansprechen. Das Thema Studiengebühren ist in Nordrhein-Westfalen völlig an die Wand gefahren. Keiner weiß mehr, wo es bei diesem Thema lang gehen soll. Das Thema Zwangsfusion von Essen und Duisburg wird uns im Landtag noch zweimal beschäftigen. Etwas länger will ich das Thema des Umgangs mit dem Qualitätspakt, wie Sie ihn pflegen, ansprechen.

Mit der Ergänzungserklärung zum Qualitätspakt haben Sie, Frau Ministerin, im Schulterschluss mit dem neuen Ministerpräsidenten eine eindeutige Vertragsverletzung - viele sprechen sogar von einem Vertragsbruch - mit gravierenden Folgen für

die Hochschulen in unserem Lande begangen. Mit der Streichung von 7 Millionen € aus dem Innovationsfonds - das sind rund 25 % - kürzen Sie vertraglich zugesagte Finanzmittel.

(Lothar Hegemann [CDU]: Unglaublich!)

Die Zusicherungen bezüglich der Fachbereiche Medizin werden in der zweiten Ergänzungsvorlage des Haushaltsentwurfs Lügen gestraft. Der Medizin werden insgesamt 10 Millionen € gestrichen. Auch die Androhung der Absenkung von Pauschbeträgen macht den Qualitätspakt zu einem Objekt der Beliebigkeit.

Die Unterschriften - Sie werden gleich sagen, dass die Rektoren unterschrieben hätten - der Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenzen sind ein Dokument der Resignation angesichts der hochschulpolitischen Ausweglosigkeit und der ministeriellen Drohkulisse.

(Beifall bei der CDU)

Sie können jetzt sagen, das sage ein Oppositioneller, der ja meckern müsse. Ich will das einmal untermauern durch einen aktuellen Brief des Rektors der mit 55.000 Studierenden größten Universität in unserem Land. Der schreibt nämlich unter dem gestrigen Datum etwas, was wir als Opposition so unterschreiben können, was aber von einem der Betroffenen stammt, der im Saft steht, der dieses Institut seit Jahr und Tag leitet. Er sagt in einem Brief an Ministerpräsident Steinbrück, indem er sich zunächst auf den Qualitätspakt und auf die Ergänzungssituation bezieht, um Missverständnissen vorzubeugen, müsse er klar stellen, dass sie dies unter Protest mitgetragen hätten. Wörtlich heißt es dann:

"Wir haben diese Entscheidung nur getroffen, um noch Schlimmeres zu verhindern. Wir widersprechen entschieden Ihrer Aussage, dass mit der ergänzenden Erklärung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wissenschaft abgesichert wird. Das Gegenteil ist der Fall."

Das sagt der Rektor der Uni Köln.

"Durch die massiven Kürzungen wird die Leistungsfähigkeit der Hochschulen im Lande im nationalen und internationalen Vergleich stark eingeschränkt."

Ich darf weiter zitieren. Es ist ja besser, wenn ich den Rektor der Uni Köln zitiere, als wenn ich etwas sage, weil ich ja nur der Oppositionelle bin, der keine Ahnung hat. Der Rektor fährt fort:

"Die Kürzungen des Wissenschaftsetats in Höhe von 30 Millionen € sind verheerend für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Die vorgesehenen Kürzungen schwächen die strategische Forschungsförderung, die Internationalisierung des Studienstandortes NRW und die erst im vergangenen Jahr mit großem Elan eingerichteten International Graduate Schools, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Kürzungen der Mittel für überregional finanzierte Forschungseinrichtungen"

- so der Rektor der Uni Köln weiter -

"treffen die Spitzenforschung im Land Nordrhein-Westfalen hart. Die drastische Beschränkung der Mittel für die Berufung von Professoren wird dazu führen, dass nordrhein-westfälische Hochschulen künftig für Spitzenwissenschaftler an Attraktivität verlieren werden. Schon jetzt gelingt es uns nur unter größten Anstrengungen, Berufungsverhandlungen erfolgreich zum Abschluss zu bringen."

Dann überschlage ich ein paar Zeilen. Er sagt dann noch zum Qualitätspakt aus dem Jahre 1999, da heiße es zu Recht, dass Bildung und Wissenschaft Ecksteine für die Zukunft unseres Landes seien.

"Diese Erkenntnis",

- so der Rektor -

"darf kein Lippenbekenntnis sein."

Ich habe das eben noch einmal angesprochen.

Er schreibt Ministerpräsident Steinbrück weiter:

"Ihrem Haushaltsentwurf für 2003 ist gerade nicht anzusehen, dass die Landesregierung tatsächlich ihre Prioritäten im zukunftsweisenden Bereich Wissenschaft und Forschung setzt."

An dieser Stelle will ich erst einmal einen Punkt machen. Es kommen noch weitere wirklich gravierende Vorwürfe an die Hochschulpolitik dieses Landes.

Frau Ministerin Kraft, Sie werden ja gleich das Wort nehmen zu dieser Problematik. Ich bin einmal gespannt, was Sie zu diesem Brandbrief sagen, der ja begründet ist. Ich hoffe, Sie sagen nicht, dieser Rektor sei ein einsamer Querulant. Sie müssen gleich einmal dazu Stellung nehmen, wie Sie einem solchen Vorwurf aus der Praxis eines Mannes heraus, der eine Hochschule mit 55.000 Studierenden vertritt, begegnen.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin Kraft, setzen Sie schon bald ein Zeichen - möglichst noch heute -, dass die von Ihnen verantwortete Hochschulpolitik in unserem Land auf Verlässlichkeit und Dialog setzt. Berufen Sie angesichts leerer Kassen und dringenden Handlungsbedarfs auf vielen Felder - das ist mein Vorschlag - einen - wie auch immer man das nennen mag - Hochschulgipfel ein - der sollte nicht nur einen Tag tagen, sondern man muss sich einmal richtig Zeit dafür nehmen -, bei dem sich alle Beteiligten zusammenfinden, Ministerium, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Politik, Wirtschaft und andere gesellschaftliche Gruppen. - Ich möchte Ihnen auch gleich sagen, welche Themen im Rahmen eines solchen Gipfels eingehend erörtert werden müssten.

Ein erster Punkt ist das Thema Planungssicherheit. Sie wissen hoffentlich, wo es in diesem Bereich brennt. Ich habe es eben deutlich angesprochen. Die Kürzung bei der Mittelschöpfung setzt die Hochschulen immer wieder unter Druck. Sie wissen nicht, was morgen ist. Sie leben von der Hand in den Mund.

Der zweite Punkt ist das Thema Deregulierung und Wettbewerb. Wir haben im Jahre 2001 erleben müssen, dass das Ministerium mit 1.340 Erlassen auf die Hochschulen eingeschlagen hat. Der Staat muss sich endlich mehr aus den Hochschulen zurückziehen und sich auf seine ordnungspolitische Rolle beschränken. Als Stichworte nenne ich ZVS, Kapazitätsverordnung, eigenverantwortliche Verwaltung von Finanzen und Personal, Einwerbung von privatem finanziellem Engagement. All das sind Felder, die auf Sie warten. Es gab einen Wechsel im höchsten Amt des Ministeriums. Das muss man merken. Wir erwarten etwas von Ihnen, Frau Ministerin.

Was noch auf der Agenda eines solchen Hochschulgipfels zu stehen hätte, ist das Thema Investitionen, flexiblere Genehmigungspraxis bei Bauvorhaben. Das Problem Moloch BLB im Kontext mit Hochschulen - Sie wissen, was ich damit anspreche - muss aufgelöst werden. Es gibt einen Sanierungsstau in Höhe von 2,5 Milliarden € an unseren Hochschulen. Darüber können Sie nicht einfach hinweggehen und die Rektoren als irgendwelche praxisfernen Rufer in der Wüste hinstellen. Sie müssen sich damit auseinandersetzen und entsprechende Gespräche führen.

Ein weiteres Thema ist die Betreuung der Studierenden. Wir müssen gemeinsam mehr gegen die hohe Studienabbrecherquote und gegen die immer längere Studiendauer in NRW unternehmen.

Auch in diesem Bereich wird von Ihnen einiges erwartet.

Nicht zuletzt - auch das ist nicht von der Hand zu weisen - sollte man auch für unsere Hochschulen so etwas anstreben wie eine europaweite PISA-Untersuchung. Wir in NRW wären gespannt, wo wir uns bei einer solchen Untersuchung platzieren würden. Wir haben zwar die dichteste Hochschullandschaft, was die Menge angeht, aber nicht, was die Qualität angeht. Sie wissen, dass es in viele Hochschulen hineinregnet. Also von wegen dicht! Das ist ein Wort, das man auch einmal hinterfragen muss. Es ist wichtig, auch einmal die Qualität unserer Hochschulen zu überprüfen und nicht nur die Menge zu sehen. Ich fordere Sie, Frau Ministerin, deshalb auf, möglichst bald dementsprechende Planungen, was eine PISA-Studie für Hochschulen angeht, einzuleiten, und zwar durchaus auch im europaweiten Kontext.

Abschließend: Fehlerhafte Weichenstellungen, die es zuhauf gibt, Frau Ministerin Kraft, werden wir mit unseren begrenzten Möglichkeiten als Opposition weiterhin entschieden bekämpfen. Bei der Suche nach neuen, so sie stattfinden, Frau Kraft, und geeigneten Wegen aus den hochschulpolitischen Sackgassen unseres Landes sind wir Ihnen, Frau Ministerin, selbstverständlich gerne und konstruktiv behilflich. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Ich wollte gerade sagen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist. - Vielen Dank, Herr Kuhmichel.

Meine Damen und Herren, für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Kessel das Wort.

**Dietrich Kessel (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war ja so etwas wie ein Zerrbild nordrhein-westfälischer Hochschulwirklichkeit, wie man es in dieser Konzentration hier nur selten gehört hat.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

- Auch Rektoren vertreten ab und zu Zerrbilder. Das ist nicht auszuschließen, denn sie vertreten ja selbstverständlich ihre Interessen. Ab und zu kommt es dabei vor, dass man das eine oder andere überzeichnet.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das sage ich weiter!)

- Das kann ich ihm gelegentlich aber auch selbst einmal verdeutlichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anlässlich der zweiten Lesung des Wissenschaftshaushaltes 2002 habe ich darauf hingewiesen, dass die Vereinbarungen, die die Hochschulen mit der Landesregierung im Rahmen des Qualitätspakts getroffen haben, sie vor Beiträgen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes schützen. Was für 2002 galt, gilt weitestgehend auch für das nächste Jahr. Das macht den hohen Stellenwert deutlich, den die Hochschulen in der nordrhein-westfälischen Landespolitik haben.

Trotz der außerordentlich schwierigen Situation der Landesfinanzen hat der Qualitätspakt Bestand. Hinsichtlich ihrer Personal- und Sachausgaben verfügen die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen über Planungssicherheit - vielleicht sollten wir das einmal dem Kölner Rektor verdeutlichen - wie in keinem anderen Land dieser Republik. Ihre Haushalte sind von Haushaltsrestriktionen wie globale Minderausgaben und Stellenbesetzungssperren freigestellt. Aus wegfallenden Stellen erhalten sie im Gegenzug zusätzliche Mittel für innovative Lehr- und Forschungsschwerpunkte. Unsere Hochschulen wissen, wie ich vielerlei Gesprächen entnommen habe, die im Rahmen des Qualitätspakts getroffenen Vereinbarungen durchaus zu schätzen.

Vor wenigen Tagen ist die ergänzende Erklärung zum Qualitätspakt unterzeichnet worden. Nach dieser ergänzenden Erklärung gelten nun diese für den Qualitätspakt charakteristischen Merkmale bis einschließlich 2006. Die von Ihnen, Herr Kollege Kuhmichel, in diesem Zusammenhang vertretene Bewertung dieser Erklärung vermag ich nach meinen Eindrücken aus Gesprächen auch mit einigen der Unterzeichner nicht nachzuvollziehen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Unterzeichnung gerade der beiden Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenzen erfolgt ist, um, wie Sie das formuliert haben, Schlimmeres zu verhindern, sondern beide haben das nach meinem Eindruck durchaus mit großer Überzeugung und großer Genugtuung getan.

Dass auch die Hochschulen einen wenn auch vergleichbar moderaten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssen, mag man bedauern; zu vermeiden war dies jedoch nicht. So ist eine vorübergehende Absenkung der Pauschbeträge, die den Hochschulen für nicht besetzte Stellen zur Verfügung gestellt werden, im Gespräch. Ich gehe jedoch davon aus, dass diese Absenkung so gering wie möglich ausfällt, weil gerade mit den aus den Pauschbeträgen zur Verfügung stehenden Mitteln notwendige Maßnah-

men zur Verbesserung der Studienbedingungen finanziert werden.

Dass die für die Forschung und für das Programm "Offensive zukunftsorientierte Spitzenforschung" zur Verfügung stehenden Mittel im nächsten Jahr zurückgefahren werden, ist alles andere als erfreulich, angesichts der Haushaltslage allerdings ebenfalls nicht zu vermeiden.

Auch der Bund beabsichtigt - das sei hier der Vollständigkeit halber erwähnt -, die Haushaltsansätze für die großen Forschungsorganisationen nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zu erhöhen. Eine der Konsequenzen dieser Absicht wäre, wenn es denn so käme, dass beispielsweise der Deutschen Forschungsgemeinschaft für das Jahr 2003 eingeplante Mittel in Höhe von 43 Millionen € fehlen würden. Vor allem für die Grundlagenforschung in den Hochschulen hätte dies gravierende Auswirkungen, weil diese hauptsächlich von der DFG finanziert wird. Der Präsident der DFG, Prof. Winnacker, geht davon aus, dass die Diplom- und Doktorarbeiten von bis zu 2.000 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern bei Wegfall dieser Mittel nicht mehr finanziert werden könnten.

Die unzureichende Forschungsfinanzierung ist kein Nordrhein-Westfalen-spezifisches Problem. So würden vermutlich alle Länder in dieser Republik die ursprünglich für die Forschungsorganisationen vorgesehenen zusätzlichen Mittel wieder aus ihren Haushalten herausnehmen, wenn der Bundestag wie vorgesehen beschließen würde, und sie nicht den Forschungseinrichtungen ihrer Hochschulen zusätzlich zur Verfügung stellen.

Die Lösung des Problems der Unterfinanzierung der Forschung setzt bundesweit die Einsicht voraus, dass die Sicherung der Zukunft unseres Landes wesentlich auch von seinem Engagement für die Forschung bestimmt wird.

In einem am 28. November in der "Zeit" unter der Überschrift "Der Zukunft abgewandt - Deutschland geht das Geld für die Forschung aus" erschienenen Artikel wird darauf hingewiesen, dass Deutschland bei den Investitionen in die Forschung leider nur Mittelmaß ist. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

"Das Budget der amerikanischen National Science Foundation soll sich in fünf Jahren verdoppeln. Großbritannien erhöht sein nationales Forschungsbudget in den nächsten vier Jahren jeweils um inflationsbereinigte 10 % und will 2006 1,25 Milliarden Pfund mehr in die Wissenschaft investieren als im laufenden Jahr. Auch andere Europäer haben verstanden. Die

Europäische Kommission stockt den Etat ihres Forschungsprogramms um 17 % auf. Schweden gibt 3,8 % des Bruttoinlandsprodukts für die Forschung aus. Weltrekord! In der Statistik folgen Finnland, Japan und die Schweiz. Deutschlands Investitionen sind gerade Mittelmaß."

So weit dieser Bericht!

Es wird deshalb in den nächsten Jahren darauf ankommen, die Mittel gerade für die Forschungsförderung merklich aufzustocken.

(Beifall von Frank Baranowski [SPD])

Auch aus diesem Grunde halte ich es für richtig, dass die Landesregierungen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel starten, die Vermögensteuer wieder einzuführen, um auch auf diesem Wege zusätzliche Mittel für Innovationen in Wissenschaft und Forschung zu erwirtschaften.

(Beifall bei der SPD)

Mit ihren Anträgen zum Wissenschaftshaushalt nehmen die Koalitionsfraktionen von der Landesregierung vorgeschlagene Kürzungen der Mittelansätze für das Programm "Studienreform 2000 plus" und für die Frauenförderung teilweise zurück.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Mit der Erhöhung der Mittel für das Programm "Studienreform 2000 plus" sollen gezielt Reformprojekte der Hochschulen gefördert werden, die dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für ein zügiges Studium weiter zu verbessern.

Mit diesem Antrag machen wir auch deutlich, dass es in der Wissenschaftspolitik der nächsten Jahre darum gehen wird, die Studiengänge umfassend zu reformieren und die Studienbedingungen weiter zu verbessern.

Die Oppositionsfraktionen werden bedauern, dass wir wieder eines der Themen aus der Diskussion herausgenommen haben, das Sie in den Haushaltsberatungen immer wieder gern aufgegriffen hätten. Ich spreche von den im ersten Regierungsentwurf für 2003 vorgesehenen Einnahmen aus Studiengebühren. Mit der Streichung dieser Einnahmeposition aus dem Haushalt 2003 ziehen wir aus den Ergebnissen der Anhörung zum Entwurf des Studienkonten- und -finanzierungsgesetzes die richtigen Konsequenzen.

Die Koalitionsfraktionen werden noch vor der Weihnachtspause Vorschläge zur Änderung des ursprünglichen Gesetzentwurfes vorlegen, die die ursprünglich vom Sommersemester 2003 an vorgesehenen Studiengebühren nicht mehr enthalten. Die Änderungsanträge werden die Einführung von Studienkonten ab dem Sommersemester 2004 vorsehen. Ich gehe davon aus, dass wir in der Ausschusssitzung Anfang Januar 2003 über diese Änderungsanträge beraten und beschließen werden.

Ich wollte noch einiges zu den Oppositionsanträgen sagen - aber die Zeit läuft mir davon. Nur so viel: Alle Jahre wieder! Der ZVS-Antrag lässt grüßen. Wie schon im letzten Jahr kann man auch für den Antrag in diesem Jahr feststellen: Er funktioniert so nicht. Es macht keinen Sinn, die ZVS zum 31.12. zu schließen. Das wäre weder im Interesse der Studierenden noch im Interesse eines geregelten Hochschulzuges.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unter dem Strich lässt sich feststellen, dass die Ausgaben des Wissenschaftshaushaltes 2003 im Vergleich zum Vorjahr nach der 2. Ergänzungsvorlage und unter Berücksichtigung der Anträge der Koalitionsfraktionen eine Steigerungsrate von 3,4 % aufweisen. Damit bleibt der Wissenschaftshaushalt trotz aller Schwierigkeiten, über die ich hier teilweise auch gesprochen habe, auf Wachstumskurs.

Trotz aller Abstriche, die auch dieser Haushalt hat hinnehmen müssen, fällt es mir angesichts dieser Steigerungsrate leicht, Ihnen zu empfehlen, dem Einzelplan 05 zuzustimmen - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Kessel. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Prof. Dr. Wilke das Wort.

**Dr. Friedrich Wilke (FDP):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mein glückliches Gesicht über den Wissenschaftshaushalt, den Herr Kessel gerade beschrieben hat.

Aber ich möchte beginnen mit einem Zitat aus der Rede von Frau Ministerin Kraft zum bildungspolitischen Kongress der NRW-SPD Düsseldorf am 30.11.; das ist ein paar Tage her. Frau Ministerin sagte dort:

"Bildung ist die Zukunftsherausforderung des 21. Jahrhunderts. Höchstes Bildungsniveau ist die einzige Antwort auf die Herausforderung

der Globalisierung. Nur wer in der Bildung Spitze ist, bleibt in der Champions League der führenden Nationen und Regionen."

Das klingt gut, weil es richtig ist.

(Beifall bei der FDP)

Aber viel erstaunlicher ist, dass Sie, Frau Ministerin, in Ihrer Rede - ich habe sie von vorn bis hinten durchgelesen - nichts sagen über mehr Geld. Über eine bessere Finanzierung der Hochschulen verlieren Sie kein einziges Wort. Ausgenommen sind zwei Punkte, die Sie erwähnen, nämlich sehr ausführlich Studiengebühren und Studienkonten und die Vermögensteuer. Bei der Erhöhung von Belastungen stehen Sie mit an vorderster Front. Das Lieblingsthema und Hauptbeschäftigungsfeld der SPD ist derzeit offenbar die Frage: Wie komme ich an das Geld der Bürger? Aber von Priorität für Wissenschaft und Forschung, auch im Landeshaushalt, ist nicht die Rede.

(Beifall bei der FDP)

Das verwundert wenig, wenn man sich die Zahlen einmal anschaut. Dieser Haushalt ist gelinde gesagt ein Desaster für Wissenschaft und Forschung in diesem Lande. Herr Kessel, die negativen Aspekte, die Sie gerade ausgeführt haben, unterstützen das doch. Auch Sie sind doch absolut unglücklich über diesen Haushalt. Sie sagen auch, dass andere Länder im Bereich der Forschung verstanden haben, wir in Deutschland offenbar nicht. Sie schieben zwar einen Teil der Schuld auf die Bundesregierung ab, aber ein großer Teil bleibt hier in Nordrhein-Westfalen kleben.

Ich will mich gar nicht erst mit Kleinigkeiten aufhalten, sondern gleich zur zweiten Ergänzung kommen. Einsparungen im Bereich der Hochschulen von 7 Millionen € stehen im Widerspruch zum Qualitätspakt. Die Hochschulen waren gezwungen, das zu unterschreiben. Auch hier, Frau Ministerin, darf ich ein Zitat aus Ihrer Rede bemühen:

"Wir werden die Internationalität und Internationalisierung unserer Hochschulen ausbauen und vorantreiben. Wir werden dafür sorgen, dass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen in Forschung und Lehre auch künftig konkurrenzfähig sind. Wir werden Spitzenforschung und Spitzennachwuchs fördern und internationale Spitzenforscher auch hier in unser Land holen."

Frau Ministerin, wie Sie das angesichts einer Kürzung um 70 % in diesem Titel, nämlich von 10 Millionen € um 7 Millionen € auf gerade noch 3 Millionen € ernsthaft vertreten können, ist mir

wirklich schleierhaft. Das Zitat des Rektors der Universität Köln spricht da Bände.

Weiter geht es im Haushalt: Einsparungen im Bereich der Klinika um noch einmal 10 Millionen €! Dann: eine globale Minderausgabe bei überregional finanzierten Forschungseinrichtungen. Herr Kessel, Sie haben es gerade erwähnt: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft wird vermutlich mit über 40 Millionen € betroffen sein. Sie haben die negativen Folgen bereits geschildert, das muss ich nicht noch einmal machen. Im Landeshaushalt fehlen 7,2 Millionen €. Das macht zusammen bereits 24,2 Millionen € Einsparungen im Haushalt Wissenschaft und Forschung.

Jetzt kommt es ganz dicke! Alte globale Minderausgabe, bislang im Einzelplan 20 ausgewiesen, jetzt aufgeteilt auf die Ressorts: 2,6 Millionen €. Und der ganz dicke Brocken: neue zusätzliche globale Minderausgabe von 28,5 Millionen €. Das sind sage und schreibe summa summarum 55 Millionen € im Etat für Wissenschaft und Forschung.

Eine globale Minderausgabe von etwa 31 Millionen € bedeutet doch, dass uns eigentlich hier und heute jede vernünftige Basis für eine seriöse Haushaltsberatung fehlt. Jeder Titel, jedes Kapitel kann von erheblichen Kürzungen betroffen sein. Nur wir wissen es nicht. Alles kann gekürzt werden, ohne dass das Parlament darüber entscheidet. Das übergeben wir hier in den Verantwortungsbereich der Regierung - Regierung im Vollzug.

Eine kleine Anmerkung: Ministerin Höhn hat im Umweltausschuss zumindest ein schlechtes Gewissen gezeigt. Sie hat gesagt: Im Kabinett wurde ausgiebig darüber beraten, ob man das den Abgeordneten zumuten könne. Sie hatte offenbar Zweifel. Das ist im Protokoll nachzulesen, ich war dabei. Es ist offenkundig, Herr Kessel: Den Abgeordneten der rot-grünen Koalition kann die Regierung dies zumuten; es geschieht ja. Dieser Haushalt ist in der Tat ein Desaster für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen.

Man kann mir nicht vorwerfen, dass ich die Situation schlechtrede. Ja, wir haben die dichteste Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen, und es ist auch nicht alles schlecht. Ja, wir haben auch Spitzenforschung und Spitzenwissenschaftler in Nordrhein-Westfalen. Darauf können wir stolz sein. Aber genauso müssen wir dann doch anerkennen, dass wir in vielen Punkten besser werden müssen.

Hier nehme ich doch auch nur die Punkte, Frau Ministerin Kraft, die Sie in Ihrer Rede angedeutet

haben: Wir haben zu wenig Studierende, unsere Quoten sind zu schlecht - beim Abschluss und beim Einstieg. Wir haben eine unzumutbare negative soziale Auslese und vergeuden dadurch Talente. Wir haben zu lange Studienzeiten und die ältesten Absolventen und vergeuden dadurch Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse. Wir haben eine erschreckend hohe Abbrecherquote. Darüber sind wir uns doch einig. Es gibt doch gar keinen Streit über diese Mängel.

Warum ist das so? - Weil wir eine miserable bauliche Situation an den Hochschulen zu beklagen haben, weil die Geräteausstattung teilweise zum Himmel schreit, aber vor allen Dingen, weil die Betreuungsrelation an unseren Hochschulen miserabel ist, denn - und das ist der Hauptgrund - wir haben zu wenig Personal in Forschung und Lehre. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Lehre finden nun einmal mit Köpfen in Köpfen statt. Deshalb ist - ich sage es immer wieder - die Strategie des Qualitätspaktes, nämlich 2.000 Köpfe durch Geld zu ersetzen, grundlegend falsch. Das ist Abbau von Studienplätzen, das ist kein Ausbau, auch wenn dadurch so genannte Planungssicherheit herrscht.

Wo sind wir denn gelandet in Nordrhein-Westfalen, wenn wir uns Planungssicherheit, eine Selbstverständlichkeit für staatliches Handeln, noch erkaufen müssen, Verträge darüber abschließen müssen? Wo sind wir hier eigentlich? Dann sind das auch noch Verträge, die nicht eingehalten werden. Herr Kessel, Sie haben das gerade schon vorsichtig angedeutet, Sie haben gesagt: weitgehend. Verträge sind dazu da, dass man sie völlig einhält, nicht weitgehend und nicht nach Belieben.

(Beifall bei der FDP)

Diese Mängel und Missstände sind ja akzeptiert. Diese Mängel einigermaßen abzumildern, ist Kernanliegen der FDP-Anträge. Wir fordern in der Tat mehr Personal, bessere Geräteausstattung und bessere Gebäude. Diese durchaus massiven Zusatzausgaben, die wir nachdrücklich und immer wieder einfordern, sind seriös finanzierbar. Sie machen es doch gerade selbst: Da tut sich ein Haushaltsloch auf, Sie finanzieren es. Hätte man das im vorigen Jahr in den Haushaltsplänen realisiert, hätte man unsere Forderungen erfüllen können. Es wäre gegangen, wenn Sie nur gewollt hätten. Daraus lautet doch der Umkehrschluss: Sie wollten nicht, und jetzt geht es doch. Dabei sind die Kohlesubventionen noch unangetastet geblieben. Nein, das ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Sie sind fleißig allein bei der Suche nach Zusatzeinnahmen. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, über die Studiengebühren zu reden. Das ist wichtig. Die Diskussion über Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen ist wichtig und richtig. Aber das, was Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, sich geleistet haben, spottet wohl jeder Beschreibung.

Erst sollte es Studiengebühren für alle geben, getarnt als Einschreibegebühren - inzwischen erledigt, entsorgt im Mülleimer rot-grüner Irrtümer -, dann Strafgebühren für alle Langzeitstudierenden, undifferenziert, einzig und allein zum Stopfen der Haushaltslöcher - ebenfalls erledigt, entsorgt im Mülleimer rot-grüner Irrtümer. Jetzt wurden Studienkonten angekündigt, wahrscheinlich als Weihnachtsgeschenk gedacht. Darüber sollen wir im Januar endgültig beschließen. Wir wollen eine sorgfältige Beratung, damit das Ganze nicht auch im Mülleimer rot-grüner Irrtümer landet.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linsen)**

Eine Anmerkung zur ZVS: Selbstverständlich wollen wir weiter die ZVS abschaffen. Die Einsparung von Haushaltsmitteln ist dabei eher ein erfreulicher Nebenaspekt, der Hauptgrund indessen ist die Stärkung von Autonomie und Selbstverantwortung der Hochschulen und der Studierenden.

Letzter Punkt. Ich hatte versprochen, dem Finanzminister zu zeigen, wo er 25 Millionen € einsparen kann: aus der Zwangsfusion Uni Duisburg - Uni Essen. Ich hoffe, der Finanzminister ist nicht nur deshalb hier geblieben, sondern auch weil Wissenschaft und Forschung zu den zentralen Punkten gehören. - Frau Ministerin, Ihr Start mit einer grandiosen Fehlentscheidung wird uns übermorgen und wahrscheinlich in der nächsten Woche noch einmal beschäftigen. Aber er ist auch in diesem Zusammenhang wichtig. Im Haushalt, 2. Ergänzungsvorlage, Seite 50, finden wir:

"Die fusionsbedingten Gesamtkosten werden auf 25 Millionen € geschätzt."

25 Millionen € für eine Fusion, die fast niemand will. Nur die IHK Essen will sie. Bei den Regierungsfractionen im Wissenschaftsausschuss herrschte richtige Erleichterung: Es gibt wirklich noch eine Institution, die diese Fusion will. Toll. In der Anhörung gab es null Zustimmung. Selbst Prof. Erichsen, der Vorsitzende des ehemaligen Expertenrates, der diese Fusion initiiert hat, sagt inzwischen: So nicht! - Hier können Sie also 25 Millionen € einsparen.

Frau Ministerin, zeigen Sie Mut; ändern Sie Ihre Entscheidung! Tun Sie das, was Sie selbst sagen:

"Kooperation und Konzentration, das sind die Stichworte, die umschreiben, was notwendig ist."

Ich zitiere weiter:

"Diesen Weg können wir aber nur dann erfolgreich gehen, wenn wir den Hochschulen noch mehr Eigenständigkeit, aber auch mehr Verantwortung geben."

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Friedrich Wilke (FDP):** Ich komme zum Ende, zu den letzten zwei Sätzen des Zitats.

"Dieser Verantwortung müssen die Hochschulen aber auch gerecht werden. Denn letztlich können nur sie selbst die Reform erfolgreich umsetzen. Das kann der Staat nicht von oben herab verordnen."

Ich empfehle Ihnen, Frau Ministerin, Ihre eigenen Worte ernst zu nehmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Wilke. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Dr. Seidl.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir die Vorschläge, die uns Herr Wilke und Herr Kuhmichel unterbreitet haben, wirklich ernst nehmen würden, stünden wir buchstäblich mit dem Rücken an der Wand. Ich kann mir auch vieles wünschen, Herr Wilke, wie z. B. die 100 Millionen € für den Hochschulbau, die Sie vorschlagen. Aber eine handlungsfähige Regierungskoalition muss auch in finanziell schwierigen Zeiten in der Lage sein, aufgrund inhaltlicher Überzeugungen Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das ist es, was uns beim diesjährigen Haushalt trotz eingeschränkter haushaltspolitischer Rahmenbedingungen in hervorragender Weise gelungen ist. Während der Gesamthaushalt auf der Ausgabenseite insgesamt um etwa 1 % sinkt, steigt der Hochschulhaushalt selbst unter Berücksichtigung der Kürzungen, die noch mit der 2. Ergänzungsvorlage notwendig waren, gegenüber dem Vorjahr um 2 %. Damit zeigen wir

abermals deutlich, dass Bildung für uns nicht nur im Schul-, sondern auch im Hochschulbereich Priorität hat.

Innerhalb des Einzelplans selbst wird aber auch deutlich, dass es uns gelungen ist, trotz der schwierigen Lage die hochschulpolitischen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Selbstverständlich hat es angesichts des notwendigen Konsolidierungskurses auch im Bereich Hochschule Einschnitte geben müssen. Letztlich sind jedoch alle Kürzungen, wenn sie auch schmerzhaft sind, im vertretbaren Rahmen geblieben, sofern sich dies - das muss ich als überzeugte Parlamentarierin an dieser Stelle anmerken - aus diesem Entwurf heute schon ersichtlich ist. Denn auch wenn die globale Minderausgabe, die mit der 2. Ergänzungsvorlage über den Hochschulhaushalt ausgebracht wird, rechnerisch weniger als 1 % ausmacht, so sind insgesamt etwa 20 Millionen € doch eine beträchtliche Summe, die auf das eine oder andere Programm oder Projekt erhebliche Auswirkungen haben kann.

Wir gehen aber selbstverständlich davon aus, Herr Wilke, dass das Ministerium das Parlament nicht nur regelmäßig darüber informieren wird, wie diese globale Minderausgabe im Haushaltsvollzug umgesetzt wird, sondern wir gehen auch von aus, dass es über anstehende Entscheidungen bereits im Vorfeld eine Verständigung mit dem Wissenschaftsausschuss geben wird.

Auch das macht eine gute und handlungsfähige Regierungskoalition aus: Wir halten auch in finanziell schwierigen Zeiten unser Wort gegenüber den Hochschulen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es natürlich im Rahmen der hinter uns liegenden und nicht immer einfachen Haushaltsverhandlungen Vorschläge gegeben hat, den mit den Hochschulen geschlossenen Qualitätspakt mit Verweis auf die schwierige Haushaltslage aufzukündigen. Aber auch hier hat die Koalition nicht aus kurzfristigen finanzpolitischen Überlegungen gehandelt und die versprochene Planungssicherheit aufgekündigt. Zwar ist in der 2. Ergänzungsvorlage auch eine Kürzung des Innovationsfonds vorgesehen - das ist richtig -, setzt man diese aber zu den Stellenabsetzungen in Beziehung, zu dem sich die Hochschulen im Rahmen des Qualitätspakts verpflichtet haben, so erkennt man, dass der Innovationsfonds trotz der Kürzungen immer noch etwa 7 Millionen € höher ist, als er es entsprechend der Vereinbarung sein müsste. Diese Regierungskoalition und die von ihr getragene rot-grüne Regierung ist und bleibt eben ein verlässlicher Partner auch in schwierigen Zeiten.

Unsere Änderungsanträge, über die wir gleich abzustimmen haben, belegen, dass wir dort Prioritäten setzen, wo es darum geht, die vorhandenen Potenziale bei jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen auszuschöpfen und zur Entfaltung kommen zu lassen. Aus diesem Grund haben wir die im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Kürzungen bei der Frauenförderung einerseits und bei der Studienreform andererseits nicht nachvollzogen, sondern wir wollen insgesamt 2 Millionen € mehr einsetzen, als ursprünglich vorgesehen waren. Das bedeutet, dass sowohl das Netzwerk Frauenforschung als auch die Koordinierungsstelle der Gleichstellungsbeauftragten in 2003 ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

Das bedeutet ferner, dass den Gleichstellungsbeauftragten im Jahr 2003 weiterhin Projektmittel zur Verfügung stehen werden. Das bedeutet außerdem, dass über die in den Zielvereinbarungen vereinbarten Studienreformprojekte hinaus Spielraum für die Finanzierung von Innovation in Forschung und Lehre bleibt.

Nordrhein-Westfalen wird auch in 2003 führend bleiben, und zwar sowohl bei der Frauenforschung und den Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen in Lehre und Forschung als auch, wenn es darum geht, Strukturen und Inhalte des Studiums zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt erwähnen, der ausnahmsweise einmal nicht auf der Ausgabenseite, sondern auf der Einnahmenseite des Haushalts steht bzw. jetzt eben nicht mehr steht, nämlich die Studiengebühren, die Sie auch angesprochen haben. In der Tat gab es hier im letzten Jahr eine sehr unübersichtliche Diskussionslage, und zumindest bei manchen nicht direkt Beteiligten entstand zeitweilig der Eindruck, als würden hier bildungspolitische Grundsätze aufgrund kurzfristiger Überlegungen auf dem Altar der Finanzpolitik geopfert.

Letztlich hat die Regierungskoalition auch hier Weitblick bewiesen. In NRW werden keine Langzeitstudiengebühren oder allgemeine Semestergebühren bzw. Verwaltungskostenbeiträge eingeführt, wie das in anderen Ländern der Fall ist, in denen Ihre Parteien in Regierungsverantwortung sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die CDU in Baden-Württemberg - das konnten wir heute in der Presse lesen - gerade vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Hochschulrahmengesetz klagt und das Erststudium nicht gebührenfrei halten möchte.

Wir denken langfristig und halten an unseren bildungspolitischen Zielen fest. Deshalb wird es in Nordrhein-Westfalen ab 2004 Studienkonten statt Studiengebühren geben, so wie wir Grüne es von Anfang an gefordert haben. Studienkonten berücksichtigen die vielfältigen individuellen Lebensentwürfe junger Menschen, setzen Impulse und bieten Ansätze für die notwendigen strukturellen und inhaltlichen Reformen an unseren Hochschulen, die Sie ja auch eingeklagt haben.

Auch in diesem System gibt es selbstverständlich Gebühren.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Zur Sanierung des Haushalts!)

Die Rahmenbedingungen sind aber so gewählt, dass jede und jeder Studierende in NRW auch in Zukunft die Möglichkeit zu einem gebührenfreien Erststudium hat.

Auch hier zeigt sich also allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz, dass wir nicht nur aktuell handlungsfähig sind, sondern auch - und zwar sogar unter schwierigen Rahmenbedingungen - den nötigen Weitblick für zukunftsorientierte bildungspolitische Reformen behalten.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Und was haben Sie dagegenzusetzen, meine Damen und Herren von der Opposition? - Nichts als haushaltspolitische Luftnummern, genau wie schon in den vergangenen Jahren. Viel Mühe haben Sie sich wahrlich nicht gemacht. Sie kramen immer die alten untauglichen Vorschläge aus der Schublade. Sie beide - CDU und FDP - fordern zwar viele Millionen zusätzlich für die Hochschulen, sagen aber nicht, woher dieses Geld kommen soll.

Ihr einziger konkreter Vorschlag ist die Abschaffung der ZVS. Dieser Vorschlag ist untauglich, wie Sie selbst genau wissen. Denn abgesehen davon, dass er inhaltlich nicht sinnvoll wäre, ist er aufgrund der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern bis zum Jahr 2010 gar nicht umsetzbar.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuhmichel?

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Ja, bitte.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Bitte schön.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Frau Kollegin Dr. Seidl, ich hätte mich nicht gemeldet, wenn Sie

nicht zum Abschluss Ihres Vortrages damit begonnen hätten, der Opposition noch eins einzuschicken.

Eben habe ich aus dem Brief des Rektors der Universität Köln zitiert. Ich unterstelle einmal, dass Sie zugehört haben. Halten Sie das von ihm Gesagte einfach nur für Luftnummern, für Querelen eines frustrierten Rektors? Oder hat es damit doch seine Bewandnis?

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Die Anträge, die Sie uns heute vorgelegt haben, und dieser Brief des Rektors sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Ich habe jetzt zu Ihren Anträgen gesprochen. Diese Anträge sind nach meiner Meinung - das wiederhole ich - nichts als haushaltspolitische Luftnummern wie in den vergangenen Jahren auch. Sie holen immer wieder dieselben Themen aus der Schublade.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie setzen auf ungedeckte Schecks. Sie haben keine Konzepte vorzuweisen. Sie fordern viele Millionen zusätzlich für die Hochschulen, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll. Ich würde mir auch vieles wünschen, bin aber weder der Weihnachtsmann noch die Weihnachtsfrau. Eine solche Politik ohne Weitsicht lehnen wir Grünen ab; denn Haushaltspolitik muss nachhaltig und zukunftsfähig sein.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Ihre Vorschläge, meine Damen und Herren von der Opposition, sind weit davon entfernt, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein wenig mehr Ideenreichtum, konzeptionelles Denken und Seriosität wären hilfreich gewesen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Seidl. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Kraft.

**Hannelore Kraft,** Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung hat in NRW höchste Priorität.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Das haben wir schon vorhin beim Bereich Schule gehört. Bildung bezieht sich aber nicht nur auf Schule, sondern auch auf Wissenschaft und Forschung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im Einzelnen setzt die Landesregierung in ihrem Haushalt für den Bereich Wissenschaft und Forschung klare Signale. Ich möchte sie eindeutig benennen. Erstens: Die Erneuerung der Hochschulen wird im Rahmen des Qualitätspaketes umfassend und nachhaltig gesichert. Zweitens: Reformvorhaben und Programme werden auf die zentralen Vorhaben in Forschung und Lehre konzentriert. Drittens: Trotz knapper Mittel werden neue Wege zu mehr Autonomie und Flexibilität geschaffen.

Wie ich schon sagte, steht die Landesregierung unverändert zu dem geschlossenen Qualitätspakt. In der Tat - Sie haben es erwähnt, Herr Kuhmichel - hat die Landesregierung vor wenigen Tagen gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz die ergänzende Erklärung zum Qualitätspakt unterzeichnet. Ich möchte nicht, dass das in dieser Diskussion hier untergeht. Damit wird der Schutz vor haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen wie Stellen- oder Haushaltssperren bis 2006 verlängert. Das bedeutet, dass die Hochschulen vor die Klammer gezogen werden und von solchen Kürzungen nicht betroffen sind. Ich weiß sehr wohl zu würdigen, was das angesichts unserer Haushaltslage bedeutet.

Darüber hinaus werden vom Jahr 2003 an auch die Fachbereiche Medizin in den Geltungsbereich des Qualitätspaketes einbezogen. Damit sind auch dort die finanziellen Rahmenbedingungen gesichert. Die im konsumtiven Bereich vorgenommenen Kürzungen von 10 Millionen - Sie haben sie erwähnt - sind mit den Unikliniken einvernehmlich verabredet und aus meiner Sicht auch als Gegenleistung für die Aufnahme in den Qualitätspakt gerechtfertigt.

Zudem unterstützen wir den Entwicklungsprozess der Hochschulen durch massive Investitionen, und zwar bewusst, obwohl dies enorme Kraftanstrengungen erfordert. Im Haushalt 2003 werden für Neubauten und Sanierungen an den Hochschulen Investitionen von 125 Millionen € angestoßen. Zum Vergleich: 2002 waren es rund 80 Millionen €. Auch das zeigt, wo wir unsere Prioritäten setzen.

Nach einem kleinen Seitenblick auf den CDU-Antrag, der sich auch mit einem Landesprogramm Hochschulinfrastruktur beschäftigt und Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 40 Millionen €

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Zusätzlich!)

- zusätzlich, ja - fordert, war ich etwas verwundert. Denn wir tätigen die Investitionen schon lange nicht mehr. Die Investitionen tätigt der BLB.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Noch schlimmer!)

Wir können das allerdings auf andere Art und Weise dort einstellen, und das tun wir auch.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das müssen Sie ändern!)

Denn zusätzlich wird den Hochschulen eine jährliche Erhöhung des Mietbudgets für wertsteigernde Maßnahmen zugesichert. So kann auch dem baulich-technischen Anpassungsbedarf, der z. B. im Zusammenhang mit Neuberufungen entsteht, verstärkt Rechnung getragen werden. Auch das macht unsere Hochschulen wettbewerbsfähiger.

Übrigens, bei den Universitätskliniken steigen die investiven Zuschüsse im Haushalt 2003 auf rund 158 Millionen €. Das ist beileibe kein Pappenstiel.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wie erfreulich!)

Herr Kuhmichel, Sie haben ein Anforderungsprofil an mich ausgebreitet. Ich bemühe mich, dem entgegenzukommen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut!)

Allerdings möchte ich Ihnen sehr deutlich sagen, dass ich mich nicht von globalen Anschuldigungen aus der Bahn werfen lasse.

Sie haben die 10 Millionen € erwähnt; dazu habe ich gerade schon Stellung genommen. Sie haben die 7 Millionen € bezüglich des Innovationsfonds erwähnt, die wir in der Tat in diesem Jahr herausgenommen haben. Wir haben sie allerdings nicht gekürzt, sondern nach 2004 verschoben, und das halte ich angesichts der Haushaltslage für eine vernünftige und vertretbare Maßnahme. Auch das haben wir mit den Hochschulen abgestimmt.

Deshalb glaube ich nicht, dass die Mehrzahl der Rektoren die Unterschrift unter das Dokument des Qualitätspaktes als eine Form der Resignation leisten wird. Sie werden vielmehr im Umlauf die Möglichkeit haben, ihre Unterschrift zu verweigern.

Das Schreiben von Herrn Küppers war mir vorher nicht bekannt. Er hat allerdings immer die Möglichkeit, diesem Qualitätspakt nicht beizutreten, wenn er das nicht möchte. Da bin ich gespannt, wie hoch er die Sicherheit des Qualitätspaktes für seine Hochschule einschätzt.

(Beifall bei der SPD)

Zu seinem Schreiben und dem, was Sie dazu gesagt haben, kann ich nur einzelne Dinge herausnehmen und feststellen, dass da einiges in der Diskussion vermischt wird. Abgesehen davon: Sie

hatten zu meinem Anforderungsprofil sehr deutlich gesagt, dass es wichtig sei, mit den Hochschulen zu reden. Das tue ich, das habe ich getan, und das werde ich weiterhin tun.

Ich bin über Folgendes etwas verwundert - das sage ich auch sehr deutlich -: Ich habe am Montag letzter Woche mit den Rektoren der Universitäten sehr lange beim Abendessen zusammen gegessen, und auch Herr Prof. Küppers hat dort in keinster Weise geäußert, dass er der Ergänzung dieses Qualitätspaktes kritisch gegenüberstehe. Dialog - das sage ich auch ganz deutlich - ist eben eine zweiseitige Sache.

Auf die einzelnen Dinge in dem Brief kann ich nur in verkürzter Form hier eingehen. Er spricht von den Kürzungen im Bereich der überregionalen Forschungseinrichtungen. Herr Kuhmichel, Sie wissen so gut wie ich, dass sich diese Äußerung auf die Kürzung bezieht, die der Bund in seinem Haushalt vorgenommen hat. Das heißt, wir sind nur diejenigen, die diese Kürzung nachvollziehen, aber nicht diejenigen, die sie gestaltet haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Dagegen müssen Sie angehen!)

- Das tue ich auch. Wir befinden uns diesbezüglich in Diskussionen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Da bin ich gespannt!)

Er spricht dann von den Kürzungen, die bei den Graduate Schools zu erwarten sind. Ich kann Ihnen sagen: Ich weiß nicht, wovon er redet. Wir werden im Bereich der Graduate Schools natürlich nicht kürzen, und das steht auch nicht in der vorliegenden Ergänzungsvorlage.

Er spricht davon, dass sich der Staat weiter zurückzieht. Auch das kann ich angesichts eines weiter wachsenden Haushaltes bei uns in Nordrhein-Westfalen nicht erkennen.

Wenn Sie sagen, dass wir einen Hochschulgipfel bräuchten, bei dem es beispielsweise um Investitionen geht, dann sage ich Ihnen: Der Dialog mit den Hochschulen scheint aus meiner Sicht - ich bin noch sehr vorsichtig - hervorragend zu funktionieren, und zwar sowohl mit den Rektoren als auch mit den Kanzlern, die manchmal bei anderen Fragestellungen wichtig sind.

Sie zeichnen hier allerdings ein Bild - und das bereitet mir Sorgen -, dass unsere Hochschulen in einem derart desolaten Zustand seien, wie Sie es dargestellt haben. Dies halte ich nicht für eine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulen, die ich bisher kennen gelernt habe, befinden sich auch baulich nicht in einem so erschreckenden Zustand. Sie haben von Hochschulen gesprochen, in die es hineinregnet, und das mit dem Faktor Qualität verknüpft. Ich muss Ihnen sagen: Die Qualität von Hochschulen mache ich an anderen Faktoren fest, auch wenn ich Ihnen Recht geben, dass es nicht hineinregnen sollte.

Die Qualität unserer Hochschulen sehe ich keineswegs in einer Sackgasse. Wir sind vielmehr auf einem guten Weg, auch dank des Qualitätspaktes und der Zielvereinbarung, die wir mit den Hochschulen abgeschlossen haben.

Ein Ausdruck der Qualität von Forschung und Lehre an unseren Universitäten ist beispielsweise die Tatsache, dass eine Professorin aus Nordrhein-Westfalen jüngst den Zukunftspreis des Bundespräsidenten gewonnen hat, und unter den letzten vier Projekten waren zwei aus Nordrhein-Westfalen. Also, so schlecht können wir gar nicht sein.

Aber wir dürfen auch die finanzielle Lage in unserem Land - und nicht nur bei uns - nicht verkennen. Ich habe auch die Nachrichten gelesen. Wenn Sie die Zeitung heute Morgen aufgeschlagen haben, werden Sie auch festgestellt haben, dass wir nirgendwo in Europa eine rosige Lage vorfinden. Die Rektoren aller italienischen Hochschulen sind nicht ohne Grund zurückgetreten.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das machen die bei uns auch noch!)

Deshalb glaube ich nicht, dass wir uns in einer Ausnahmesituation befinden, sondern dass wir allgemein und auch nicht nur in Europa eine schwierige wirtschaftliche Lage haben, die es entsprechend zu meistern gilt.

Sie haben PISA für Hochschulen gefordert. Dazu kann ich sagen: Da sind wir dran. Akkreditierung und Evaluation sind Bestandteile unserer Hochschullandschaft, und wir werden sie weiter ausbauen. Ich halte dies für einen ganz wichtigen Faktor.

Sie haben von einer „Erlassflut“ gesprochen. Herr Kollege Kuhmichel, jedes Schreiben meines Hauses an die Hochschulen ist förmlich betrachtet ein Erlass. Dann finde ich die Zahlen, die Sie genannt haben, gar nicht so hoch. Ich glaube, das muss man hier auch sehr deutlich sagen.

Da ich schon dabei bin, kann ich gleich auf die Einlassung des Kollegen Prof. Wilke eingehen.

Ich finde es nett, dass Sie meine Rede vor dem SPD-Bildungskongress hier so verbreiten. Ich finde, ich habe dort grundlegende, richtige Dinge gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Ich rühme mich, in der Lage zu sein, zielgruppen-gerechte Kommunikation zu betreiben. Insofern ist dies sicherlich nicht 1 : 1 für dieses Haus zu übernehmen.

Sie haben in Ihrem Beitrag auch von den 55 Millionen € gesprochen, die jetzt eingespart würden. Das sind 55 Millionen € im Einzelplan 05, und der umfasst immer noch Wissenschaft und Schule. Insofern entfällt nur ein Teil auf mein Haus.

Über die Studiengebühren werden wir noch reden.

Interessant finde ich Ihren Deckungsvorschlag für die 25 Millionen € Fusionskosten. Das ist ein typischer Deckungsvorschlag der FDP. Das sind nämlich 25 Millionen €, die gar nicht von uns kommen. Die kommen nämlich aus HBFMG-Mitteln. Insofern kann ich die nicht einsparen. Da bitte ich um einen alternativen Vorschlag.

Meine Damen und Herren, der Politik wird oft Kurzsichtigkeit und Kurzatmigkeit beim Handeln vorgeworfen. Ich glaube, dass wir mit der Erweiterung des Qualitätspaktes wieder einmal den Beweis geliefert haben, dass dies zumindest in Nordrhein-Westfalen nicht gilt.

Wir haben den Hochschulen eine solide finanzielle Grundlage gegeben, die Planungssicherheit bis weit in die nächste Legislaturperiode hinein schafft. Darüber, welche Privilegierung damit verbunden ist und welche Verantwortung sich daraus ergibt, habe ich mit den Hochschulen sehr dezi- diert gesprochen. Ich habe den Eindruck, dass ich es dort mit verantwortungsbewussten und realitätsnahen Partnern zu tun habe. Ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft die anstehenden, wichtigen Prozesse in diesem Bereich gemeinsam und konstruktiv lösen werden. Ich hoffe, dass das auch mit der Opposition möglich sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung zu Einzelplan 05.

Wir stimmen ab über den **Einzelplan 05** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache**

**che 13/3305.** Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung und damit der Einzelplan 05 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich rufe **Nummer 4** auf:

### **Einzelplan 11: Frauen, Jugend Familie und Gesundheit**

mit den Teilbereichen "Frauen und Familie", "Jugend" und "Gesundheit". Ich weise auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3311** hin, eröffne die Beratung für den Teilbereich

#### **a) Frauen und Familie**

und erteile für die CDU-Fraktion Frau van Dinther das Wort.

**Regina van Dinther (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selten gestalteten sich Haushaltsplanberatungen so schwierig wie in diesem Jahr. Der Ordner mit Zuschriften betroffener Bürgerinnen und Bürger, die sich über Kürzungspläne beschwerten, wuchs von Tag zu Tag. Tatsächlich können wir den Betroffenen, nachdem wir diese Haushaltsplanberatungen in der nächsten Woche abschließen, leider noch keine Finanzierungssicherheiten geben. Konkret konnten wir im Frauenhaushalt zwar mehrere, wenig plausible Kürzungsvorhaben mit der Zustimmung aller Fraktionen verhindern, aber damit kommt man, glaube ich, trotzdem nur wenig vorankommt.

So fragten wir uns natürlich, warum wir uns im Parlament, vernetzt mit den Betroffenen vor Ort, monatelang über das Gewaltschutzgesetz unterhalten haben, das nordrhein-westfälische Polizeigesetz abgeändert, die Eckpunkte des Landesaktionsprogramms gegen Gewalt beraten haben, und dann die Landesregierung zum Resümee kam, genau in diesem Bereich die Mittel für Frauennotrufe zu streichen.

Natürlich müssen noch Konzepte erarbeiten werden, aber eines war uns allen doch eigentlich klar: Das Gewaltschutzgesetz erfordert eine Beratungsstruktur. Diese Arbeit kann weder allein von der Polizei noch von der Justiz und ganz sicher nicht von den Kommunen im Land getan werden. Alle vier Fraktionen haben sich dann im Ausschuss für die Rücknahme dieser Kürzung eingesetzt.

Ein weiteres Projekt soll mit einstimmiger Billigung aller Fraktionen fortgeführt werden, und zwar die

Arbeit mit ausstiegswilligen Prostituierten. Meine Damen und Herren, es ist nur wenig Geld, das wir hier einsetzen, aber gut angelegtes Geld. In Bochum arbeiten die Frauen mitten im Freudenhausviertel in der Gußstahlstraße und pauken mit den Prostituierten Computertechnik und Buchhaltung, damit sie für ein Leben nach der Prostitution qualifiziert werden.

Die Mitarbeiterinnen vom SKF in Dortmund arbeiten in einem Container mitten auf dem Straßenstrich und bieten den Prostituierten ein niederschwelliges Hilfsangebot an.

Wir hätten durchaus viel Fantasie, wo man sinnvoller Gelder einsparen kann als ausgerechnet hier, und deshalb sind wir sehr froh, dass wir auch einstimmig diese Kürzungspläne zurückweisen konnten.

Ansonsten kann ich mich in der Bewertung des Haushaltes nur dem anschließen, was vor mir schon viele Redner gesagt haben und vermutlich auch noch nach mir viele Rednerinnen sagen werden: Wir Abgeordnete sind ja eigentlich vom Volk gewählt, und eigentlich hat auch das Parlament Haushaltshoheit. Diese Regel scheint aber der Vergangenheit anzugehören. Denn stritten wir uns Monate über den ersten Haushaltsplanentwurf und über die darin ausgewiesenen Kürzungen, mussten wir anschließend in vier Tagen ein etwa gleich hohes Haushaltsloch parlamentarisch beraten.

Nun kann es ja sein, dass es den Kolleginnen und Kollegen der rot-grünen Koalition ganz recht ist, die Verantwortung auf die Ministerien abzuschieben, statt sich mit unangenehmen, aber notwendigen Strukturveränderungen zu beschäftigen. Allein für den Bereich des Einzelplanes 11 hat das Ministerium eine globale Minderausgabe von 28 Millionen € umzusetzen. Und damit hat die Ministerin den schwarzen Peter.

(Renate Drewke [SPD]: Das ist Quatsch!)

Liebe rot-grüne Kolleginnen: Warum entledigen Sie sich eigentlich der Kompetenz? Dafür sind Sie nicht gewählt.

Jetzt komme ich zum Thema Familienpolitik. Sie gründen als Landesregierung das Bündnis für Erziehung und kürzen nun – die ursprünglichen Pläne waren noch schlimmer – die Personalkostenzuschüsse an kommunale Erziehungsberatungsstellen von 33 % auf 20 %, wohl wissend, dass mittlerweile fast alle Kommunen dieses Landes finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen.

Ähnliches gilt für die immer noch verbleibenden Kürzungen bei der Weiterbildung, bei denen auch